

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ ZUR BUNDESTAGSWAHL SEPTEMBER 2013

## Wählen im Schatten der europäischen Krisen

Man könnte meinen, Furcht habe die Bürger an die Wahlurnen getrieben, Furcht habe sie zu den großen Volksparteien CDU/CSU und SPD getrieben, und dieselbe Furcht habe sie den kleinen Parteien entfremdet – mit einer Ausnahme allerdings, nämlich der »Alternative für Deutschland« (AfD).

Furcht wohlgermerkt, nicht Panik. Die übergroße Zahl der Wählerinnen und Wähler in Deutschland will erkennbar keine Veränderungen. Die Krisenländer Griechenland, Portugal, Spanien waren im Wahlkampf der Bundestagsparteien kein Thema, ebenso wenig die schleichende Deindustrialisierung der großen europäischen Staaten England, Frankreich und Italien. Aber das heißt nicht, dass diese Krisenerscheinungen nicht wahrgenommen worden wären. Das Elend der südlichen Nachbarn vor Augen, schien den deutschen Lohnabhängigen der status quo im eigenen Land ein erstrebenswertes Ziel. Und das hieß, technisch gesehen, einer großen Koalition von CDU/CSU und SPD an der Wahlurne den Weg zu ebnet. Für die Klientelpartei FDP bedeutete dies den Ausschluss aus dem Bundestag. Die Linkspartei und die Grünen büßten Stimmen ein, bleiben aber im Parlament. Die AfD verpasste mit 4,8 Prozent knapp den Einzug, aber im Unterschied zur Piraten-Partei, die ebenfalls unter dem Quorum blieb, bedeutet das wahrscheinlich nur den Anfang ihres Aufstiegs in der deutschen Politik, nicht dessen Ende.<sup>1)</sup>

Wenn nun die europäische Komponente für die große Mehrheit der Wählenden eine solch entscheidende Rolle spielte, warum gelang dann der AfD nicht ein weitaus

1) Die Wahlergebnisse in Prozent (Ergebnisse BT-Wahl 2009 in Klammern): Wahlbeteiligung 71,5 (70,8); SPD 25,7 (23,0); CDU 34,1 (27,3); CSU 7,4 (6,5); Grüne 8,4 (10,7); FDP 4,8 (14,6); Die Linke 8,6 (11,9).

2) Die Alternative für Deutschland (AfD) ist ursprünglich aus einer eurokritischen Professorenvereinigung hervorgegangen. Bei dieser Bundestagswahl, wo sie zum ersten Mal antrat, hat sie aber Stimmen überwiegend von männlichen Arbeitern erhalten und Wechselwähler von allen anderen Parteien angezogen: Von der CDU, aber auch von der FDP (430 Tsd.), von der Linkspartei (340 Tsd.) und 210 Tsd. vormalige Nichtwähler. Bei Befragungen gaben sechs von zehn AfD-Wählern an, die Partei nicht aus Überzeugung, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien gewählt zu haben. Die AfD vereint derzeit mehrere Strömungen: Wertkonservative, rechtspopulistische aber auch sich selbst als basisdemokratisch-links verstehende.

besserer Start? Darauf gibt es zwei Antworten: Erstens vertraute eine deutliche Mehrheit darauf, dass die Unionsparteien und die Sozialdemokraten weiterhin eine Europapolitik betreiben würden, welche die Belastung für die deutsche Bevölkerung gering halten würden. Es gab und gibt bislang nur eine Minderheit in der Bevölkerung, die sich gegen die »Rettungspolitik« Angela Merkels in der sogenannten Euro-Krise stellt. Diese Minderheit stellte nun auch die Protestwähler, die aus allen politischen (Partei-) Lagern kamen.

Die zweite Antwort lautet, dass die AfD noch sehr jung ist und mit derzeit nur etwa 17 Tsd. Mitgliedern und Förderern noch kaum Strukturen für einen erfolgreichen Wahlkampf aufbauen konnte.<sup>2)</sup> Allerdings lässt sich heute schon sagen, dass der weitere Weg dieser Partei im Groben bereits vorgezeichnet ist. Ihr künftiger Aufstieg ist nur in der Opposition zur weiteren EU-Integration und in einer Profilierung auf der rechten Flanke des Parteienspektrums wahrscheinlich. Ihre Perspektive liegt vor allem darin, dass sie mit ihrer Entstehungsgeschichte isolationistischen und reaktionären politischen Strömungen einen wählbaren Parteinamen geben kann, der nicht gleich mit den Neonazis und Rassisten in Verbindung gebracht wird, wie z. B. die NPD oder die Republikaner. Dann wird sich allerdings auch das Personal an der Spitze schnell verändern und nicht mehr so honorig-professoral daher kommen.

Wenn auch die europäischen Krisenerscheinungen eine maßgebliche Rolle beim Ausgang dieser Wahl spielten, so war gleichwohl nicht alles »Europa«. Die sozial- und wirtschaftspolitischen Themen, wie Mindestlohn, Leiharbeit, Kosten der Energiewende, hatten auch Bedeutung. Doch auch in diesen Feldern waren und sind die Differenzen zwischen Unionsparteien und Sozialdemokraten eher gering und für die Meisten nicht leicht erkennbar.

Bundestagswahl 2013

Putsch in Ägypten: Alles auf Anfang

Ägypten: Antwort auf den ersten Artikel

Nach dem Ende des Streiks bei Neupack

Schweiz: Aufstand der SPAR-Verkäuferinnen

# So haben Mitglieder der DGB-Gewerkschaften (inkl. Beamtenbund) 2013 gewählt:

## Zweitstimmen von allen WählerInnen (in Prozent):

CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD	Andere
41,5	25,7	8,6	8,5	4,8	4,7	6,2

## Zweitstimmen nur von Gewerkschaftsmitgliedern:

CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD	Andere
32,4	35,9	11,0	8,4	2,5	4,5	5,3

Die Zweitstimmen nur von Gewerkschaftsmitgliedern (einschließlich des Beamtenbundes) haben bei der Gruppe SPD/Linke im Verhältnis zu den gesamten Wählern ein Plus von 12,6

Punkten erreicht. Die konservative Gruppe von CDU/CSU/FDP/AfD erreichte bei den Gewerkschaftern stattdessen ein Minus von 11,6 Punkten, verglichen mit allen Wählern.

## Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Altersgruppen:

18 - 29 Jahre	CDU/CSU	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD	Andere
	35,6	29,9	7,0	6,4	3,1	6,7	11,3
30 - 44 Jahre	CDU/CSU	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD	Andere
	36,4	28,0	9,6	11,8	2,0	3,7	8,5
45 - 59 Jahre	CDU/CSU	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD	Andere
	28,5	37,5	11,7	10,2	2,5	5,4	4,2
60 und älter	CDU/CSU	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD	Andere
	32,7	42,2	12,8	4,3	2,6	3,4	2,0

Die Wählergruppe »60 und älter« vergab an SPD/Linke 14,3 Punkte mehr als an die konservative Gruppe CDU/CSU/FDP/AfD. Im Unterschied

dazu verteilte die Wählergruppe »18 bis 29 Jahre« an die Gruppe SPD/Linke 8,5 Punkte weniger als an die Konservativen Parteien.

Der Wirtschaftsflügel der CDU/CSU hatte in der schwarz-gelben Koalition häufig auf die Hilfe durch die FDP gesetzt und die Sozialpolitiker beider Lager fanden in der Vergangenheit leicht Kompromisse untereinander. Lohnarbeitende und Erwerbslose hatten freilich wenig Nutzen davon. Bei der Einführung der »Hartz«-Gesetze 2003/4, an denen die Gewerkschaftsvorstände durch Mitarbeit in der Kommission beteiligt waren, hatten sich diese im Gegenzug zu Verschlechterungen im Arbeitsrecht »Haltelinien« nach unten versprochen, z.B. Maßnahmen zur Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden, branchenübergreifenden Mindestlohns (derzeit Forderung der DGB-Gewerkschaften 8,50 EUR, der Linkspartei und von sozialen Bewegungen 10,- EUR lohnsteuerfrei) und zur Bekämpfung von Leiharbeit und Werkverträgen. All das wurde jedoch nicht angepackt und spielte – trotz Ankündigung von Kampagnen – in diesem Wahlkampf offensichtlich keine Rolle. Die Vorstände der DGB-Gewerkschaften erhoffen sich von einer großen Koalition ein Gesetz zur »Tarifeinheit«, das ihnen die lästige Konkurrenz kleinerer Sparten-Gewerkschaften von Hals schaffen soll. Die Kfz-Maut war außerhalb Bayerns kein wichtiges Thema im Wahlkampf, ebenso wenig die Zukunft der Renten und der Krankenversicherung, wie auch die künftigen Folgen der in der Verfassung verankerten Staatsschuldenbremse, oder die Frage von Steuererhöhungen. Für die meisten Menschen und insbesondere für die Jüngeren, waren diese Themen wohl eher abstrakt. Und solange die Konjunktur der nordeuropäischen Länder boomt und die Arbeitslosigkeit – vor allem im Vergleich zu den Südeuropäern – niedrig erscheint, wünschten sich wohl viele, dass es so bleiben möge – auch, wenn dies wenig wahrscheinlich ist.

Doch nicht nur die Lohnabhängigen in Deutschland, auch die Mehrheit der deutschen Unternehmer begrüßt die »Stabilität«, die eine große Koalition mit sich bringen sollte – ebenso übrigens die maßgeblichen Zeitungen der europäischen Nachbarn. Dieser Wunsch nach einem verlässlichen Anker entspringt der immer wieder aktuellen Erfahrung der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie – im nationalen wie auch im internationalen Maßstab. Auch die künftige Bundesregierung, welche Farben sie auch immer trägt, wird damit überfordert sein, solche Wünsche zu erfüllen.

26.9.2013 ■

### Heft Nr. 4 · 15. Oktober 2013 · Jg. 54

Bundestagswahl September 2013	
Wählen im Schatten der europäischen Krise. . . . .	1
Ägypten: Zurück auf Anfang. . . . .	4
Replik auf den obigen Artikel:	
Wer gegen wen in Ägypten?. . . . .	11
Nach dem Ende des Neupack-Streiks:	
Unternehmer verteidigt erfolgreich tariffreie Zone. . . . .	14

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«  
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

# Zurück auf Anfang



## Kreuzfahrer von heute

Aus der Staubwolke, welche die Zwillingsstürme von New York am 11. September 2001 hinterließen, formten die Propagandaapparate der US-Regierungen und ihrer Verbündeten in den Folgejahren das Schemen einer weltumspannenden fanatischen moslemischen Verschwörung gegen die verweltlichte kapitalistische Welt des Westens. Das Gespenst des Islamismus war aus der Taufe gehoben. Seitdem werden alle wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens (NMO) unter dem Aspekt Islamismus contra Laizismus in Presse und Fernsehen abgehandelt. Aktuell gilt dies für die Wahlen im Iran ebenso wie für die Demonstrationen in der Türkei im Juni diesen Jahres und nun den Militärputsch am 4. Juli 2013 gegen den ägyptischen Staatspräsidenten Mursi. Das Feindbild ist nicht ganz klar; da gibt es die »guten« Moslems und die »bösen« Islamisten. Die »Guten« von gestern können in den Medien schnell die »Bösen« von heute werden, wie es am Beispiel der türkischen AKP und ihres Vorsitzenden Erdogan im Zusammenhang mit den Gezi-Park-Demonstrationen und der Ausweitung der Proteste erkennbar wurde. Der Grundtenor der bürgerlichen Propaganda ist jedoch mittlerweile universell: Hier die tolerante »westliche Wertegemeinschaft« dort der zum Fanatismus geneigte Islam(ismus). Demgegenüber erscheint die Bedrohung durch die kapitalistischen Krisen der letzten Jahre vergleichsweise geringer. Und auch der Umstand, dass die hiesige Polizei es z.B. bei der Blockupy-Demonstration in Frankfurt im Mai 2013 mit dem Demonstrationsrecht ebenso locker nahm, wie die türkische in Istanbul und anderen Städten, wird beim Verweis auf die »westlichen Werte« schnell übersehen.

Die Haltung zum Putsch des ägyptischen Militärs am 3. Juli 2013 gegen Präsident Mursi wird allerdings auch in Teilen der deutschen Linken gelegentlich von einer Art antireligiösen Reflex überschattet, was dann zu mehr oder weniger halbherzigen Rechtfertigungen für den Putsch führt. Nur wenn wir den Klassencharakter der Machtkämpfe vor und hinter den Kulissen der ägyptischen Ereignisse erkennen, werden die sozialen Triebkräfte und die Gewinner und Verlierer der Auseinandersetzungen seit Mubaraks Rück-

tritt im Februar 2011 sichtbar. Dann erst lässt sich der soziale Gehalt des Putsches verstehen, und wie die Lage für die lohnabhängigen Klassen Ägyptens sich danach darstellt.

## I. Akt – Das Militär schaltet den Mubarak-Clan und die NDP aus

Ägypten ist eine Gesellschaft mit einer ganz überwiegend jungen Bevölkerung. Im Jahr 2004 waren fast 38 Prozent der Ägypter jünger als fünfzehn Jahre. Aber die Berufsaussichten für diese Menschen sind nicht gut, selbst dann, wenn die Wirtschaft wächst. Zwischen 2005 und 2008 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich über sechs Prozent. Die allgemeinen Lebensverhältnisse verbesserten sich aber nicht. Nach den offiziellen Statistiken nahm die Armut insbesondere unter der Landbevölkerung zu. Die Schere zwischen Arm und Reich klaffte immer weiter auseinander. Mit jedem Jahr strömten mehr Menschen auf den ägyptischen Arbeitsmarkt als Arbeitsplätze neu entstanden. Das Überangebot an Arbeitskraft drückte auf die Löhne, der Mangel an Wohnraum in den Ballungsräumen führte zu elenden Wohnbedingungen und gleichzeitig zu steigenden Mietpreisen. Viele Ägypter sahen sich daher zur Emigration gezwungen, entweder vorübergehend in die Ölstaaten am Golf oder auf lange Sicht nach Nordamerika oder Europa. Die ägyptische Regierung sprach 2003 von etwa 1,9 Millionen im Ausland lebender Ägyptern. Es gibt allerdings keine verlässlichen Erhebungen. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Libyen 2011 war die Rede von 1,5 Millionen ägyptischen Arbeitern, die aus dem Land flüchteten. Inoffizielle Schätzungen rechnen mit zwischen 2,5 und 4 Millionen Arbeitsemigranten.<sup>1)</sup>

Vor diesem Hintergrund fanden die Massenproteste gegen Präsident Mubarak und die ihn tragende Nationaldemokratische Partei (NDP) im Jahr 2011 statt. Das Militär verweigerte Mubarak die Unterstützung, und so trat er am 11. Februar zurück und wurde anschließend unter Anklage gestellt.

Die Repression gegen die Massenproteste kam in erster Linie aus den Reihen der Polizei und der NDP. Warum hielt

1) Ausführlicher zu den sozialen Hintergründen und den Ereignissen des Volksaufstandes siehe Arbeiterpolitik Nr. 2, Mai 2011, S. 8 ff.

sich das Militär, das in der ägyptischen Gesellschaft durchaus eigene materielle Interessen hat, scheinbar neutral zurück?<sup>2)</sup>

Der Grund dafür kann in der Nachfolgefrage für Husni Mubarak vermutet werden. Der Mubarak-Clan hatte den Sohn Gamal Mubarak als Nachfolger im Präsidentenamt vorgesehen. Das war in gewisser Weise ein Bruch mit der Tradition. Die Staatspräsidenten nach Nasser kamen alle aus den höchsten Offiziersrängen der Streitkräfte. Für Gamal galt dies nicht. Seine politische Machtbasis waren die Nationaldemokratische Partei und seine Freunde aus der Unternehmerelite Ägyptens. In der Mubarak-Ära entstanden große privatwirtschaftliche Unternehmen, zum Teil mit monopolartiger Stellung, in Ägypten, zum Beispiel Ezz Industries im Stahlsektor, Ghabbour Auto im Automobilsektor oder Juhayna Food Industries in der Molkerei-Branche.<sup>3)</sup>

Diese »Modernisierung« der ägyptischen Wirtschaft, die auf der einen Seite von privaten Klein- und Mittelbetrieben und auf der anderen Seite von großen monopolistischen Unternehmen im Eigentum des Militärs geprägt war, berührt selbstverständlich auch vitale Interessen der führenden Militärkreise. Es entstand damit eine vollständig neue und gewichtige privatwirtschaftliche Konkurrenz mit eigenem Zugang zu den politischen Entscheidungsinstanzen. Großunternehmer erlangten wichtige Regierungsämter, sie schufen eigene Interessenverbände und das einflussreiche Wirtschaftsforschungsinstitut Egyptian Center for Economic Studies (ECES), mit denen politische Entscheidungen vorbereitet und gefördert werden konnten. Im Militär löste dies Befürchtungen aus, der eigene Einfluss könnte schwinden. *»Zum Bruch zwischen beiden Akteursgruppen kam es allerdings nicht. Über Jahrzehnte hatten sich enge Netzwerke zwischen Militärs und verschiedenen Großunternehmern etabliert.«<sup>4)</sup>*

Die Massenproteste Ende 2010 und Anfang 2011 gaben der Militärführung Gelegenheit und Legitimation, die Nachfolgefrage für Husni Mubarak ganz in ihrem Sinne zu lösen, indem sie diesen einsperren ließ und Gamal als potentiellen Nachfolger außer Gefecht setzte. Sie nutzte die Chance zu ihrem Vorteil. Die NDP wurde aufgelöst und verschwand sang- und klanglos. Es folgte eine 16-monatige Diktatur des Hohen Militärrats mit Feldmarschall Tantawi an der Spitze.

## II. Akt – Neuwahlen und Sieg der Muslimbruderschaft

Die privatunternehmerische Konkurrenz bekam die Folgen des Umsturzes zu spüren. Es kam zu Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der Unternehmerelite und vereinzelt auch zu Inhaftierungen. *»Angesichts der beschriebenen Konkurrenz zwischen Militär und diversen Großunternehmern nützte der SCAF (Supreme Council of the Armed Forces – Oberster Militärerrat) offenbar die Gunst der Stunde, um alte Rechnungen zu begleichen. Ein systematisches Vorgehen gegen die ägyptische Unternehmerelite gab es allerdings nicht.«<sup>5)</sup>*

2) Zu den wirtschaftlichen Interessen des ägyptischen Offizierskorps siehe Kasten.

3) Sehr materialreich und informativ: Stephan Roll, Ägyptens Unternehmerelite nach Mubarak – Machtvoller Akteur zwischen Militär und Muslimbruderschaft, SWP-Studie S. 14, Juli 2013, auf die in diesem Beitrag mehrfach Bezug genommen wird. Roll stellt fest: *»Gab es noch zu Beginn der 1980er Jahre keine nennenswerten Großunternehmen im privaten Besitz, wurden zum Ende der Mubarak-Ära zahlreiche Wirtschaftsbereiche durch einzelne Privatfirmen dominiert. Diese Kapitalkonzentration war eine direkte Folge der Privatisierungspolitik unter Mubarak.«* (S. 8)

4) Roll a. a. O. S. 10

5) Roll, a. a. O. S. 11

### Schlägertrupps

*»Traditionell führt in Ägypten jeder höhere Offizier der Sicherheitsdienste eine Schlägertruppe von meist 50 Jugendlichen, die er finanziert und für seine Zwecke einsetzt. In der Vergangenheit dienten die Gruppen der Einschüchterung von Personen, die gefügig gemacht werden sollten. Seit Mubaraks Sturz aber hatten sie Unsicherheit zu verbreiten und bei Demonstrationen für Gewalt zu sorgen. Als Gehalt bekommen sie pro Einsatz bis zu 50 Euro.«*

*Seit mehr als einem Jahr klagen die ägyptischen Muslimbrüder, dass das Geld für die Banden der 300 in den Emiraten ansässigen ägyptischen Offiziere, aber auch für die Banden von deren Kollegen in Ägypten von den Mitgliedern der Herrscherfamilie in Abu Dhabi stamme.«*

(Rainer Hermann, FAZ 5.7.2013) ■

*Wer gute Beziehungen zum Militär unterhielt, hatte wenig zu befürchten.«<sup>5)</sup>*

Die Unternehmer nutzten die knapp einjährige Regentschaft des Obersten Militärrats, um sich auf die anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorzubereiten. Sie gründeten Parteien und organisierten den Wahlkampf. Es traten 34 neue Parteien an – neben den 23 bereits bestehenden. Da das vom Obersten Militärerrat erlassene neue Parteiengesetz keine staatliche Parteienfinanzierung vorsieht, mussten die Kosten des Wahlkampfs vollständig von den Mitgliedern getragen werden. Das verschaffte den Großunternehmern als Finanziern maßgeblichen Einfluss; etwa dem Medien- und Pharmaunternehmer al-Sayyid al-Badawi bei der nationalkonservativen und wirtschaftsliberalen Wafd-Partei oder dem koptischen Unternehmer Naguib Sawiris, der als der reichste Unternehmer Ägyptens gilt, bei der säkularen und wirtschaftsnahen Partei der Freien Ägypter. Die politische Partei der Muslimbruderschaft, die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (FJP – Freedom and Justice Party), hatte allen anderen Parteien die stärkste Verankerung in der Bevölkerung voraus. Bei den Parlamentswahlen zum Jahreswechsel 2011/12 erhielt sie mehr als 40 Prozent der Stimmen. Der Sieg bei den anschließenden Präsidentschaftswahlen im Mai und Juni 2012 und beim Referendum über die neue Verfassung war weniger glänzend. Der Kandidat der Muslimbruderschaft, Mohammed Mursi, konnte sich erst in der Stichwahl mit geringem Vorsprung durchsetzen. Der Verfassungsentwurf wurde zwar mit über 60 Prozent angenommen, doch lag die Beteiligung an der Abstimmung unter einem Drittel der Stimmberechtigten und in den urbanen Ballungsräumen war der Rückhalt für die Muslimbrüder gering.

### Eine Regierung ohne Macht

Die Muslimbruderschaft mit geschätzt eine Million Mitgliedern ist keine politische Partei. Die 1928 im Kampf gegen die Kolonialmächte maßgeblich vom Lehrer Hassan al Banna gegründete Organisation ist religiös geprägt und engagiert sich überwiegend illegal bzw. halblegal als Wohlfahrtsorganisation in den ägyptischen Kommunen. Ihre Mitgliedschaft repräsentiert ein breites Spektrum der Gesellschaft: Geschäftsleute, Händler, Bauern, Arbeiter, Freiberufler wie Ärzte, Ingenieure, Juristen, Lehrer an Schulen und Universitäten. Die in ihr vertretenen Unternehmer sind zum großen Teil im informellen Sektor tätig, weil sie aufgrund der staatlichen Verfolgung stets vor Repressalien der Finanzbehörden auf der Hut sein müssen. Mit ihrer Tätigkeit ersetzt die Muslimbruderschaft und ihre Jugendorganisation Shabab die fehlende staatliche Sozialpolitik.

## Ägyptische Justiz

»Auf die ägyptische Justiz, die wichtigste Bastion des alten Regimes, ist Verlass. Ein Gericht hat in Kairo gegen 43 Mitarbeiter internationaler Nichtregierungsorganisationen jeweils die Höchststrafe verhängt, unter ihnen befinden sich der frühere Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo und seine Stellvertreterin, aber auch 16 amerikanische Staatsbürger. Das Strafmaß von fünf oder zwei Jahren Haft überrascht... Außerdem sollen Vermögen und Unterlagen der Organisationen konfisziert werden...

An dem Tag, an dem das Gericht sein Urteil verkündete, setzte ein anderes die beiden Polizisten auf freien Fuß, die im Juni 2010 in Alexandria den Blogger Chaled Saeed am helllichten Tag auf einer Straße zu Tode gefoltert hatten. Die Polizisten wurden auf freien Fuß gesetzt, da die Justiz das Verfahren gegen sie verschleppt hatte. Beides gehört zusammen. Denn Teile der Justiz heizen, mit anderen Kräften der Konterrevolution, die Stimmung an. Am 30. Juni wird der Islamist Muhammad Mursi ein Jahr im Amt sein. Bis dahin soll die Straße in Aufruhr versetzt werden. Das gelingt mit einem »Festival von Freisprüchen« für schwer belastete Vertreter des alten Regimes, die der blutigen Niederschlagung der Proteste von Anfang 2011 angeklagt waren. Dazu beitragen soll die Freilassung von Chaled Saeeds Mördern. Das Urteil gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung fügt sich in dieses Muster: Es soll im Ausland der Eindruck erwecken, unter Mubarak sei es ja besser gewesen.»

(Rainer Hermann, FAZ 5.6.2013) ■

Die mit den Muslimbrüdern verbundene politische Partei FJP konnte erstmals bei den Parlamentswahlen von 2011/12 kandidieren. Davor konnten Muslimbrüder jeweils nur als Einzelkandidaten bei Wahlen antreten.

Den Führern der FJP war klar, dass sie trotz der gewonnenen Wahlen mit einer feindlich eingestellten Staatsverwaltung und einem feindlichen Umfeld im Militär und im Unternehmerlager regieren mussten. Die Autorität der neuen Regierung würde von wirtschaftlichem Fortschritt abhängen, der den Lohnabhängigen und vor allem auch den erwerbslosen jungen Menschen eine Besserung ihrer Lage signalisieren würde.

Dafür standen die Chancen von Anfang an schlecht.

Auch wenn die »Arabellion« die FJP an die Regierung gebracht hatte, so war diese doch keine Partei der sozialen Revolution. Der ursprüngliche (Wunsch-)Präsidentenkandidat der Muslimbruderschaft war schließlich der stellvertretende spirituelle Führer der Bruderschaft und Großunternehmer, Kheirat al-Shater, gewesen. Er kontrollierte die Finanzen der Organisation und hatte maßgeblichen Einfluss auf die Ausformulierung einer Agenda für die politischen Ziele der Bruderschaft. Sowohl das Parteiprogramm der FJP als auch das Wahlprogramm Mursis im Hinblick auf die grundsätzliche wirtschaftspolitische Ausrichtung wiesen keine gravierenden Unterschiede zum alten Regime auf. Es war nicht vorgesehen, ein islamisches Wirtschaftssystem mit Konsequenzen für den Bankensektor einzuführen. Es wurden keine grundsätzlich neuen Akzente bei der Armutsbekämpfung und der Sozialpolitik gesetzt. Eine umfassende Reform des staatskontrollierten Gewerkschaftssystems wurde nicht vorgesehen, obwohl

6) »Der saudische König Abdullah gratulierte dem vom Militär eingesetzten Übergangspräsidenten, bevor dieser überhaupt vereidigt wurde.« Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 05.07.2013

7) Siehe hierzu ausführlich Roll a. a. O. S. 19 ff.

diese Forderung in der Arbeiterschaft starken Rückhalt hatte. Stattdessen nahm Mursi per Dekret Einfluss auf die Besetzung von Führungspositionen bei dem staatlich kontrollierten Gewerkschaftsbund Egyptian Trade Union Federation (ETUF). In Ergänzung dieser liberal-konservativen Politik wurde ein der Bruderschaft nahestehender Unternehmerverband, Egyptian Business Development Association (EBDA), gegründet, der einerseits den Einfluss der Unternehmer – nicht nur aus den Reihen der Bruderschaft – stärken, und andererseits als Bindeglied zu den anderen Unternehmerverbänden wirken sollte.

Es wurde schnell offenbar, dass diese deutlich signalisierte Bereitschaft zur Eingliederung in das Machtgefüge der ägyptischen Gesellschaft erst einmal auf wenig Resonanz stieß. Die Chancen für die neue Regierung, ihre Wähler zufrieden zu stellen, waren minimal, weil eine isolierte ägyptische Sonderkonjunktur nicht in Aussicht stand. Der Staat verfügte nicht über Einnahmen, die es erlaubt hätten, Beschäftigungsprogramme aufzulegen oder Subventionen für Nahrungsmittel oder Treibstoffe zu erhöhen. Die Herrscher Saudi-Arabiens und der Emirate fürchten die Muslimbruderschaft; allein Qatar leistete Hilfszahlungen für den stark verschuldeten Staatshaushalt Ägyptens.<sup>6)</sup>

Aber insbesondere die ägyptischen Großunternehmer, die so genannten Fetten Katzen, beließen es nicht beim Abwarten, sondern sie griffen aktiv auf drei Wegen ins Geschehen ein. Einmal über die Neugründung eigener Parteien, sodann durch ihre Medienmacht in Presse und vor allem im Fernsehen und schließlich durch Investitionsverweigerung und systematischen Abzug von Investitionskapital aus Ägypten<sup>7)</sup> Ergänzend ist hinzuzufügen, dass der koptische Großunternehmer »Naguib Sawiris nach eigenen Angaben die Tamarrod-Kampagne mit Geld und Logistik unterstützte.« (Roll, S. 27) Zu ihrer Mobilisierung nutzten die Aktivisten von Tamarrod das landesweite Netz von Sawiris Telekom-Unternehmen.

Die Sabotage der führenden Bourgeoisie wurde ergänzt durch die Sabotage durch den übernommenen Beamtenapparat, den Mursi in der kurzen, ihm verbliebenen Zeit nicht auswechseln konnte. Bemühungen, loyale Kräfte in den Ministerien zu installieren, wurden in der Öffentlichkeit scheinheilig als Versuche der »Islamisierung« der Verwaltung diskreditiert.<sup>8)</sup>

Über die von ihm maßgeblich kontrollierte Treibstoff- und Energieversorgung beteiligte sich auch der Oberste Militärrat an der Obstruktion. »Die verunglückte Verfassung hatte die Menschen nicht auf die Straße getrieben, das tat erst die wachsende wirtschaftliche Not. Die Schlangen vor den Tankstellen wurden länger, der Strom fiel häufiger aus, und die Inflation treibt die Menschen in die Armut.« (FAZ-Kommentar, 5.7.2013) Kaum war Mursi gestürzt, endete die (künstliche) Verknappung.<sup>9)</sup>

Das Militär und die führende Bourgeoisie waren nicht bereit, sich auf eine Zusammenarbeit mit den Muslimbrüdern einzulassen.

### III. Akt – Tamarrod-Kampagne legitimiert den Militärputsch

Ziel der Kampagne Tamarrod (ägyptisch für Rebellion) war es, Unterschriften für einen Rücktritt von Präsident Mur-

8) So z. B. Rainer Herret, Geschäftsführer der Deutsch-arabischen Industrie- und Handelskammer zu Kairo, lt. FAZ vom 18.07.2013

9) »Rasch normalisiert hat sich am Wochenende indes die Versorgung der Tankstellen mit Benzin.« In den Wochen davor lange Warteschlangen. »Kraftwerke liefern auch wieder regelmäßig Elektrizität, es werden kaum noch Stromausfälle gemeldet. Damit bestätigen sich die Klagen der Muslimbrüder über eine lange nur vermutete Sabotage durch Vertreter des früheren Regimes.« FAZ vom 08.07.2013

si zu sammeln, und zwar mehr Unterschriften, als Mursi bei seiner Wahl Stimmen erhalten hatte, also mehr als 13,2 Millionen Unterschriften. Tamarrod knüpfte an die Unzufriedenheit der ägyptischen Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen an. Die überwiegend jungen Aktivisten erhoffen wenig von Wahlen und setzen auf die Mobilisierung der Bevölkerung, auf Demonstrationen. Die Demonstranten rechneten nicht damit, Mursi an der Wahlurne besiegen zu können.<sup>10)</sup> FAZ-Korrespondent Markus Bickel charakterisiert die Protestbewegung mit knappen Worten: »Entschlossen im Straßenkampf, aber politisch diffus ist die Bewegung. Ihre Anhänger wissen nicht recht, was sie wollen... Es sind Schattengefechte in der Sommerhitze, die kaum etwas ändern werden am Machtkampf an der Spitze des Staates. Die Protestbewegung hat programmatisch wenig zu bieten – selbst die Frage, ob sie an der Parlamentswahl teilnehmen soll, können ihre Akteure nicht schlüssig beantworten.« (FAZ 01.07.2013) Es ist müßig, darüber zu streiten, ob die Protestbewegung gegen Mursi von den alten Kräften aus der Mubarak-Ära unterwandert war, von Polizei in Zivil und Geheimdiensten. Es wäre eher verwunderlich, wenn diese Elemente den Protest gegen Mursi nicht unterstützt hätten, war dessen Sturz doch auch ihr Ziel.<sup>11)</sup> Auf die finanzielle und logistische Unterstützung von Tamarrod durch die »Fette Katze« Naguib Sawiris wurde bereits hingewiesen.

Vielen Wähler Mursis und insbesondere der Muslimbruderschaft als Organisation waren diese Umstände bekannt und sie gingen auf die Straße, um mit Versammlungen und Demonstrationen ihre Regierung zu unterstützen. Nach den Bildern in den Medien zu urteilen, waren beide Lager imstande, große und anhaltende Massenbewegungen zu mobilisieren.

Der Hohe Militärrat war über seine Netzwerke an der Gestaltung dieses Zustandes mit beteiligt, den er dann zum Vorwand für seinen Putsch am 3. Juli 2013 gegen den gewählten zivilen Präsidenten Muhammed Mursi nahm. Al-Sisi stellte sich als Retter der Nation vor, das Militär als die nationale Instanz, die einen Bürgerkrieg verhindert habe. Unter dieser Fiktion wurde das Militär in den ersten Tagen nach dem Putsch von der Protestbewegung gegen Mursi gefeiert. Dabei half es al-Sisi, dass er sich in der Öffentlichkeit mit zivilen Politikern umgeben konnte. Zum Interimspräsidenten wurde Adli Mansur ernannt, ein Jurist, der 1992 von Husni Mubarak zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Verfassungsgerichts ernannt worden war. Das Verfassungsgericht ist nach den Worten von Markus Bickel »immer noch eine Bastion des alten Regimes«. (FAZ 5.7.2013) Regierungschef wurde Hazem al Beblawi, Verteidigungsminister und stellvertretender Regierungschef wurde Armeechef al

10)»Die Frage drängt sich auf, warum die jungen Rebellen (von Tamarrod) ihre Zeit und Energie nicht nutzen, um die etablierten Parteien im Wahlkampf zu stärken... Doch El-Mokdami hat sein Vertrauen in die offizielle Opposition verloren... Überhaupt halten die jungen Unterschrift-Rebellen einen Machtwechsel an der Urne für ausgeschlossen. Freie, faire Wahlen werde es unter der Herrschaft der Muslimbruderschaft nicht geben, so die einhellige Meinung bei Tamarrod.« Markus Symanck 24.06.2013. Diese Haltung spielte den Putschisten durchaus in die Hände.

11)»Die Kampagne gegen den islamischen Präsidenten konnte ... auf die Strukturen der alten »Staatssicherheit« (al Amn als daula) aus Mubaraks Zeit zurück greifen. Die Hilfe ... war offenbar wirksamer als jene der formal aufgelösten »Nationaldemokratischen Partei« (NDP). Auf deren Strukturen hatte der einstige Mubarak-Getreue Ahmad Shafiq im Präsidentschaftswahlkampf vom Juni 2012 zurückgegriffen und am Ende gegen Mursi verloren.« Rainer Hermann in der FAZ vom 26.07.2013

12)An der Demonstration hatten mehr als eine Million Anhänger Mursis teilgenommen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums gab es 72 Tote. Die Muslimbruderschaft spricht von 66 Toten und 61 klinisch Toten. Zur gleichen Zeit demonstrierten auf dem Tahrirplatz mehr als eine Million Unterstützer des Militärs. Quelle: FAZ 29.07.2013

## Makkaroni aus der Kaserne

»Makkaroni und Olivenöl der Marke »Queen« liegen neben den Eiern, Hähnchenschenkeln, Zucker aus Oberägypten und Fisch aus Suez. Auf Töpfen, Pfannen, auf Kartons von Flachbildfernsehern – überall prangt der immergleiche Hersteller: »Armed Forces« – die bewaffneten Streitkräfte Ägyptens. Der größte Konsumgüterproduzent im Land ist die Armee...

Bis zu Hundert Milliarden Dollar Ertrag, die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts Ägyptens, produzierten die Militärfabriken, schätzen amerikanische Ökonomen... Die Schätzungen ... stützen sich allerdings auf wacklige Modellrechnungen, denn offizielle Zahlen über die wirtschaftliche Macht der Streitkräfte fehlen.

Berichte über den Wirtschaftskonzern Militär sind unter Strafe gestellt, selbst die eigenen Staatsbehörden haben keinen Einblick in die Bücher der Generale: Die militärischen Nudelfabriken müssen Ägyptens Steuerbehörden weder Daten über Umsatz noch Gewinn melden, die Tankstellen der militäreigenen Kette »Wataniiyah« keine Rechenschaft ablegen über die Höhe der Benzinverkäufe... Zwischen dreißig und vierzig Konzerne sind den Militärministerien direkt unterstellt. Nicht selten verfügen die Unternehmen in ihrer Branche über ein Monopol – und immer über lukrative Privilegien...

Unvorstellbar in Deutschland, dass Bundeswehrsoldaten in Fabriken auf Bundeswehrgelände Pasta abpacken, in Bundeswehrunternehmen Flachbildschirme zusammenschrauben, Hausmeisterdienste anbieten... In Ägypten ist dies Realität...

Damit niemand in der Armee im fortgeschrittenen Alter auf umstürzlerische Gedanken käme, schickte Mubarak seine höhergestellten Offiziere fortan in Pension, sowie sie das 50. Lebensjahr erreicht hatten. Bis zu eine Viertelmillion Offiziere wurden unter dem dreißigjährigen Regime Mubaraks vom Dienst entbunden und in den Wirtschaftsunternehmen des Militärs in guten Positionen untergebracht.

Ägyptische Gesetze erlauben der Armee, öffentlichen Grund und Boden zu Zwecken der Landesverteidigung in Besitz zu nehmen. »...Auf den okkupierten Flächen entstehen eher selten neue Truppenübungsplätze, vielmehr entstehen dort luxuriöse Wohn- und Ferienanlagen, auf der Halbinsel Sinai sind ganze Hotelkomplexe in der Hand des Militärs. Was nicht selbst betrieben werden kann, wird an Reiseveranstalter zu hohen Preisen losgeschlagen...«

(Hendrik Ankenbrand, FAZ Sonntagszeitung, 7.7.2013) ■

Sisi. Innenminister wurde der Polizeigeneral Muhammad Ibrahim, der unter Mubarak im Polizeiapparat Karriere machte. Ibrahim ließ nur wenig Zeit verstreichen, um die nach Mubaraks Sturz aufgelöste »Staatssicherheit« (al Amn al daula) wieder einzusetzen. Das war nicht weiter schwierig, weil die Strukturen im Untergrund weiter bestanden hatten. Damit rief er allerdings den – fruchtlosen – Protest von Mahmud Badr von Tamarrod hervor. Etwa zeitgleich richteten Polizei und Geheimdienste ein Massaker an der Brücke des 6. Oktober an Anhängern der Muslimbruderschaft an, als dort in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli eine Demonstration mit scharfer Munition beschossen wurde.<sup>12)</sup> Zeitlich vorausgegangen war ein Aufruf al-Sisis, die Ägypter sollten am Freitag, den 26. Juli 2013, mit Massenkundgebungen der Armee ein Mandat geben, um gegen »Gewalt und potentiellen Terrorismus« in Ägypten vorzugehen.

Im gleichen Zeitraum fanden Verhaftungen von mehreren Hundert Mitgliedern der Muslimbruderschaft statt, unter ihnen Muhammad Badie, deren geistlicher Führer; sein Stellvertreter, Raschad Bajumi, und der Vorsitzende der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (FJP), Saad al Katatui. Mursi wurde ins Gefängnis gesteckt und unter Anklage gestellt, weil er Ende Januar 2011, zu Beginn des Aufstands gegen Husni Mubarak, bei einer Massenflucht die Chance genutzt hatte, aus einem Gefängnis auszubrechen.

### Kein Ende der Repression in Sicht

Tatsächlich haben weder die Militärführung noch die von ihr eingesetzte Interimsregierung eine Perspektive, wie ein wirtschaftlicher Aufschwung herbei zu führen wäre, der ihren protestierenden Anhängern Arbeit und Brot verschaffen könnte. Die Polarisierung der Gesellschaft ist durch den Putsch des 3. Juli weiter verschärft worden. Einstweilen haben Saudi-Arabien, die Vereinigten Emirate und Kuwait Finanzhilfen in Höhe von zwölf Milliarden USD zugesagt, die zum Teil schon ausbezahlt sind. Die USA zahlen weiterhin die Finanzhilfe in Höhe von jährlich 1,3 Milliarden USD, davon fließen allerdings regelmäßig zwei Drittel für Waffenkäufe in die Vereinigten Staaten zurück. Russland hat angeboten, seine Weizenlieferungen um bis zu 50 Prozent zu erhöhen – aber diese Lieferungen müssen natürlich bezahlt werden. Die Bank of America Merrill Lynch schätzt den Finanzierungsbedarf Ägyptens in den kommenden 18 Monaten auf 33 Milliarden USD, womit das Land »sehr verwundbar« bleibe. (FAZ 8.7.2013)

Unter diesen Umständen ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich das Protestlager am Tahrirplatz enttäuscht von den Putschisten und deren politischen Verbündeten abwenden wird. Einstweilen nutzt die Militärführung diese ihr verbleibende Zeit dazu, den Terror gegen die Muslimbrüder auszuweiten. Denn nach wie vor bleiben diese mitsamt ihrer Partei FJP die einzige gesellschaftlich relevante, d.h. in der Breite der ägyptischen Gesellschaft verankerte politische Opposition gegen Militär- und Monopolbourgeoisie. Neben dem Terror versuchen die Putschisten, die Muslimbruderschaft durch das Angebot der Mitarbeit in der Inte-

rimsregierung und der verfassunggebenden Versammlung zu spalten. Das ist ihnen offenbar bislang nicht gelungen. Die Muslimbrüder verteidigen ihren Standpunkt, dass Mursi nach wie vor der legitime Präsident Ägyptens ist, und damit die einzige ihnen verbliebene Rechtsposition. Gäben sie diese auf, hätten sie nichts mehr in den Händen.

In dem einen Jahr ihres Regierungshandelns hat die Muslimbruderschaft gezeigt, was von ihr politisch und sozial zu erwarten ist. Sie hat sich als Partei des ägyptischen Klein- und Mittelbürgertums erwiesen, die bislang von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen waren und sind und die den Ausgleich ihrer Interessen mit den beiden großen herrschenden Klassen, dem hohen Offizierskorps und der Großbourgeoisie, suchen. Dabei stellt die FJP die Belange der lohnabhängigen Klassen hintan.

Wir wissen nicht, ob innerhalb der ägyptischen Arbeiterschaft politische Klassenorganisationen entstanden sind, die auf die Auseinandersetzungen Einfluss nehmen können. Es hat in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme an Arbeitskämpfen in den ägyptischen Betrieben und Werkstätten gegeben. Aber es scheint, dass sie keinen direkten Einfluss auf die politischen Massenproteste in den großen Städten des Landes hatten. Die staatsunabhängige ägyptische Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung war vor und seit Nasser ebenso Ziel der Repression und Reaktion, wie es auch die Muslimbruderschaft war. Die Ablösung einer mehr oder weniger verkappten Militärdiktatur durch eine zivile parlamentarische bürgerliche Regierung würde jedenfalls auch den Bewegungsraum für gewerkschaftliche und politische Organisationen der Lohnabhängigen erweitern und zumindest das Ausmaß der Repression verringern. Insoweit wäre es im Interesse der ägyptischen Lohnabhängigen, auf der Basis ihrer eigenen Forderungen und Interessen die Muslimbruderschaft dort zu unterstützen, wo sie ernsthaft für den Sturz der Militärdiktatur eintritt. Eine Haltung, wie sie hierzulande von einigen Linken eingenommen wird, wonach Mursi und al-Sisi, d.h. Hoher Militäratt und Muslimbruderschaft, gleich gesetzt und gleich abgelehnt werden, ist moralischer Rigorismus und wird der ägyptischen Wirklichkeit nicht gerecht.

Für die ägyptische wie auch für die internationale Linke ist darüber hinaus eine wichtige Lehre aus den angesprochenen Ereignissen zu ziehen: Soziale Bewegungen, die sich ihrer Ziele und der konkreten Schritte dahin nicht sicher sind, laufen stets Gefahr, entweder ins Leere zu gehen oder von ihren gut organisierten Klassegegnern manipuliert und missbraucht zu werden. (Stand 9.8.2013) ■

13) Wie verletzlich die ägyptische Wirtschaft ist, zeigt sich an der Notwendigkeit, jährlich große Mengen des Volksnahrungsmittels Weizen zu importieren, der für geschätzt ein Drittel des Kalorienverbrauchs steht. »Russland hatte im ägyptischen Fiskaljahr 2012/13 2,7 Millionen Tonnen Weizen nach Ägypten geliefert. Es werde die Hälfte des ägyptischen Weizenimports, der im neuen Fiskaljahr auf 8 Millionen Tonnen geschätzt, liefern...« FAZ 08.07.2013

### ■ REPLIK ZUM VORHERGEHENDEN ARTIKEL

## Wer gegen wen in Ägypten?

Der Artikel »Militärputsch in Ägypten. Zurück auf Anfang?« stellt die komplizierte Lage in diesem Land lückenhaft und einseitig auf die Ebene der herrschenden Eliten bezogen dar. Im folgenden Beitrag wird versucht, die wichtigsten Akteure dieser ganzen Periode – für sich und in ihren Beziehungen zueinander – darzustellen, um einen

1) Aufschlußreich für diese Untersuchung sind das im Juni 2012 erschienene Buch von Juliane Schuhmacher (Journalistin der taz, lebte von März bis November 2011 in Kairo) und Gaby Osman (ihr ägyptischer Kamerarämann): »Tahrir und kein Zurück. Ägypten, die Bewegung und der Kampf um die Revolution«, sowie Interviews mit AktivistInnen vom Tahrir-Platz überwiegend in der linken Presse und auf verschiedenen Webseiten. Wir verweisen auch auf unsere eigenen Artikel in den Ausgaben 2/2011 und 3/2011.

roten Faden in diesen Auseinandersetzungen deutlich zu machen: die Gewalt des Militärs gegen die Volksbewegung<sup>1)</sup>. Er ist damit nicht nur notwendige Ergänzung, sondern auch Widerspruch in der allgemeinen Tendenz und in Einzelfragen des kritisierten Artikels. Im einzelnen geht es um folgendes:

1. In »Militärputsch in Ägypten. Zurück auf Anfang?« heißt es einleitend u.a.: »Nur wenn man den Klassencharakter der Machtkämpfe vor und hinter den Kulissen der ägyptischen Ereignisse erkennt, werden die sozialen Triebkräfte und die Gewinner und Verlierer der Auseinandersetzungen seit Mubaraks Rücktritt im Februar 2011 sichtbar. Dann erst lässt sich der soziale Gehalt des Putsches verstehen und

wie die Lage für die lohnabhängigen Klassen Ägyptens sich danach darstellt.« Der Artikel löst den Anspruch mit der Auflistung von Wirtschafts- und Sozialdaten nur im Ansatz ein, beschäftigt sich jedoch nicht weiter mit den sozialen und politischen Akteuren, soweit sie nicht der nationalen Führungsebene angehören.

2. Die zentrale Konfliktlinie verläuft zwischen dem Regime (in seinen verschiedenen, durch die Kämpfe wechselnden Ausprägungen) und der Bewegung breiter Massen, die ihren wichtigsten Bezugspunkt, geografisch betrachtet, am Tahrir-Platz in Kairo verortet. Das »Regime« in diesem Sinne repräsentieren aufeinanderfolgend die Präsidialdiktatur Mubaraks, der Oberste Militärrat unter Tantawi, die Amtsperiode Mursis, in der sich an den Verhältnissen wenig änderte, und die jetzige Lage einer nur dünn verschleierten erneuten Militärherrschaft. Die Militärführung sieht sich generell als die Ordnungsmacht schlechthin in Ägypten. Sie hat die Bewegungen zur jeweiligen Absetzung von Mubarak und Mursi nicht inszeniert, sondern im wesentlichen auf sie reagiert, um sie unter Kontrolle zu bringen. Ihr Vorgehen entspricht ihrem Bedürfnis, »Ordnung« zu schaffen und dabei auch die eigene Autorität und politisch-gesellschaftliche Privilegien zu sichern.

3. Die politische Kontroverse zum vorstehenden Artikel liegt in der unterschiedlichen Bewertung der Volksbewegung vom 25. Januar 2011 bis jetzt. Wesentlich ist, in der unübersichtlichen Lage im Lande politische und soziale Dynamik zu sehen. Insbesondere geht es darum, die revoltierende Protestbewegung nicht als »kleinbürgerlich«<sup>2)</sup> abzutun, sondern sie als entwicklungsfähiges Feld der Auseinandersetzung unterschiedlichster politischen Positionen zu begreifen. Des weiteren reicht es nicht, der Arbeiterbewegung und ihren Streikaktionen zu bescheinigen, »dass sie keinen direkten Einfluss auf die politischen Massenproteste in den großen Städten des Landes hatten«, sondern es gilt zu verstehen, dass ihre Streiks das Regime in seinen Grundfesten erschütterten, speziell auch die ökonomischen Interessen der Offiziere als Teil der Bourgeoisie, der sogenannten »fetten Katzen«, trafen. Der Einschätzung im kritisierten Artikel: »Insofern wäre es im Interesse der ägyptischen Lohnabhängigen, auf der Basis ihrer eigenen Forderungen und Interessen die Muslimbruderschaft dort zu unterstützen, wo sie ernsthaft für den Sturz der Militärdiktatur eintritt.« wird hier aufgrund des gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens der Mursi-Regierung, aber auch des Beispiels Iran, ausdrücklich widersprochen.

4. Im Verlauf der Auseinandersetzung um die politische (und gesellschaftliche) Neuordnung Ägyptens kam es allerdings frühzeitig zu einer Spaltung in der Ebene der Protestbewegung, die vor allem durch das Verhalten der Führungsebenen der Moslembruderschaft und der liberalen Parteien provoziert wurde, die in ihrer jeweiligen Strategiebildung auf die Kooperation mit dem Militärrat orientierten.

5. Im folgenden werden die revoltierende Protestbewegung, die bislang überwiegend betrieblich-gewerkschaftlich agierende Arbeiterbewegung, die Moslembruderschaft (die nicht nur aus ihrer Führungsebene besteht) sowie im Verhältnis dazu die Armee dargestellt. Auch dies ist freilich nur die Auswahl der wichtigsten Faktoren, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

6. Was in beiden Artikeln fehlt (und die Aufgabe für weitere Ausgaben unserer Zeitung wäre), ist die Einbeziehung ausländischer, also regional- und weltpolitischer Faktoren wie USA, EU-Staaten, Saudi-Arabien, Katar, Syrien, Iran, Israel/Palästina (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) in die innerägyptischen Auseinandersetzungen, Machtfragen und Klassenbeziehungen, die insofern in die

komplizierte Lage der Region des Nahen Ostens eingebunden sind.

## Die Protestbewegung

Die Massenbewegung in Ägypten mit ihrem räumlichen Kern am Tahrir-Platz in Kairo war in ihrem Ursprung umfassend, demokratisch und basisorientiert. Sie hatte Vorgänger, z.B. die Kifaya-Bewegung 2004, die eine Direktwahl des Präsidenten mit Gegenkandidaten forderte. Ihr gehörten Linke, Bürgerliche, Säkulare und Moslembrüder an. Das Regime speiste die Bewegung mit einigen Zugeständnissen ab, die Mubaraks Wiederwahl nicht in Frage stellen konnten. Kifaya zerfiel darauf wieder, gilt aber als einer der Kerne der Tahrir-Bewegung 2011. Ebenso gehören dazu Jugendgruppen unter verschiedenen Namen, z.B. die Bewegung 6. April, die an diesem Datum 2008 gegründet worden war, um die Streiks der ArbeiterInnen in Mahalla zu unterstützen. Weitere Organisatoren waren Menschenrechtsgruppen, AnwältInnen, JournalistInnen. AktivistInnen aus Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Moslembruderschaft wurden begrüßt, wenn sie ihre Fahnen zu Hause ließen. Auch das ist ein Aspekt, der an Bewegungen wie Occupy denken lässt, die grundsätzliche Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zum Ausdruck bringen wollen, ohne einer dominanten politischen Strategie bzw. den Auseinandersetzungen darüber das Feld zu überlassen.

Die ägyptischen ArbeiterInnen hatten seit Jahren durch Streiks in Industriezentren wie Mahalla und Suez sowie durch Gründung illegaler Gewerkschaften außerhalb der staatlich zugelassenen Scheinorganisationen ihren Teil zur Erschütterung der ägyptischen Militärdiktatur beigetragen (s.u.).

Die Revolution (oder Rebellion, je nach Standpunkt des Aktivisten oder des Betrachters) kam nicht aus dem Nichts, wie damals häufig zu lesen war. Sie wurde auch nicht banal durch Verabredungen über Facebook ausgelöst. Es waren die beschriebenen politischen Entwicklungen, die noch eines Katalysators bedurften. Er wurde von außen durch die Ereignisse in Tunesien geliefert, die den Sturz des dortigen Regimes zur Folge hatten.

Ist es gerechtfertigt, für den Volksaufstand in Ägypten 2011 den Revolutionsbegriff zu verwenden? Jenseits des inflationären, oberflächlichen Gebrauchs des Wortes in bürgerlichen Mainstream-Medien einerseits und einer dogmatischen Verengung in linken Diskussionen andererseits ist festzuhalten, daß die Protestbewegung eindeutig den Sturz des Mubarak-Regimes zum Ziel hatte und diese Mobilisierung gegen den Druck der Diktatur die versteinerten Verhältnisse aufbrach, um weitere politische Forderungen zu erheben und zu diskutieren. Das ist der definitiv feststellbare Unterschied zu den bekannten, periodisch aufflammenden »Brotunruhen« vergangener Jahrzehnte. Was aber noch fehlte (und bis heute fehlt), ist eine große organisierte Kraft zur Formierung einer politischen Strategie der Arbeiterbewegung.

Nach der Beseitigung Mubaraks reagierte der selbsternannte Militärrat nach außen zunächst unsicher, teilweise panisch, jedoch mit Konsequenz und bald auch wieder mit äußerster Brutalität. Schon am 9. März kam es zur ersten Räumung des Tahrir-Platzes durch Soldaten, wobei unterschiedslos auf jede Opposition eingeschlagen wurde, Moslembrüder, Kopten, »säkulare« Bürgerliche und Linke, danach immer wieder. Höhepunkte waren die blutigen Re-

2) Das wird zwar im Artikel »Militärputsch in Ägypten« nicht behauptet, wohl aber in linken Diskussionen, deshalb hier die Klarstellung.



pressionen anlässlich des gelenkten Angriffs auf die israelische Botschaft am 9. September 2011 und der Räumung des Tahrir-Platzes am 17. Dezember 2011.

Die zentrale Spaltung in der ursprünglich gemeinsam agierenden Massenbewegung vom Tahrir-Platz in zwei Lager entstand an der Frage der politischen Strategie, wie es weitergehen soll mit der Lage in Ägypten und dem Aufbau einer künftigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Sie lässt sich konkret zugespitzt auf den folgenden Punkt bringen: Wie halten wir es mit dem Militär und seinem Machtanspruch? Arbeiten wir mit den Offizieren zusammen am Aufbau eines Staatsapparats, der sich vom alten nur durch den begrenzten Wechsel von Personen, Staatsideologien und Ordnungsvorstellungen unterscheidet? Die religiöse Frage spielt hier nicht die »entscheidende« Rolle, die ihr vordergründig in vielen Medien zugeschrieben wird. Zwar laufen Konflikte zweitrangiger Natur auch in diesen Formen ab, Beispiele gibt es genug, etwa, wenn koptische Kirchen angegriffen werden. Dem stehen aber umgekehrt Aktionen der Solidarität gegenüber, wenn »säkulare«, islamistisch orientierte und koptische AktivistInnen sich gemeinsam gegen Angriffe von Polizei und Militär zur Wehr setzen.

Für die Spaltung der Bewegung gab es daher vor allem drei harte Gründe: 1. die Orientierung der Führungsebene der Moslebruderschaft (bis in große Teile ihrer Mitgliederbasis, aber eben nicht alle) auf den institutionellen Weg, desgleichen bei den liberalen Parteien; 2. die Gegnerschaft zum politischen Islam, die dazu verleitete, sich gegen die MB auch mit dem Militär zu verbünden; 3. das, was die Armeeführung mit ihrer hemmungslosen Brutalität beabsichtigte, nämlich Angst und Resignation. Die 2013 neu entstandene Tamarod-Bewegung, die den Sturz Mursis einleitete, rekrutierte sich wohl zu großen Teilen aus der zweiten Gruppe, doch waren auch wieder viele AktivistInnen dabei, denen es um mehr ging, nämlich die Überreste des gesamten, von der Armee gestützten Regimes zu beseitigen. Nach dem Militärputsch wurde die Szene völlig durch die Konfrontation von Armee und Moslebruderschaft in ihren gewaltsamen Formen beherrscht.

Mit dem Putsch gegen Mursi findet sich die kurzzeitig mitregierende Moslebruderschaft erneut in der Opposition wieder, doch die zuvor eingerissenen Gräben bleiben nun unter den gegenwärtigen Umständen auf nicht absehbare Zeit bestehen. Die Verdrängung von der Regierung schweißte die Moslebruderschaft um so enger zusammen.

Linke AktivistInnen und Gruppen der Tahrir-Bewegung waren an der Absetzungskampagne gegen Mursi führend beteiligt. In der neuen Lage warnen sie jedoch davor, die Moslebrüder einseitig als Kollaboranten oder gar »Faschisten« zu denunzieren und sie in der Auseinandersetzung mit dem Militär allein zu lassen. Der Hauptfeind sei nach wie vor der Staat, ob in der Form des Mubarak-Regimes oder seiner Wiedergänger. Die Erfahrungen seit dem ersten Regimewechsel im Februar 2011 zeigen, daß die Repression der Armeeführung gegen die ganze Opposition gerichtet ist, auch gegen Arbeiter und Linke. Vorerst scheinen sie mit dieser Weitsicht nur eine kleine Minderheit zu bilden.

Eine linke Einschätzung<sup>3)</sup> hierzu lautet: »Tamarod begann als eine einfache demokratische Initiative, die sich sehr schnell verbreitete. Es sind aber die Armee, die Geheimdienste und das alte Regime, die das Geld und die Macht haben. Und nachdem die wichtigsten Anführer von Tamarod im Fernsehen neben dem General auftraten, der die Abset-

zung Mursis verkündete, waren die revolutionären Kräfte auf einmal isoliert. Heute ist man entweder Unterstützer der Armee oder man wird zu der Muslimbruderschaft gezählt. Es ist derzeit sehr schwierig, in Ägypten irgendeine unabhängige Position zu vertreten.«

Zum Schutze von Menschen und Einrichtungen rief die Tamarod-Bewegung zur Bildung von Volkskomitees auf (in der Presse zumeist als »Bürgerwehren« bezeichnet). Die vom Militär abhängige Übergangsregierung erließ am 18. August ein Verbot dieser Organisationen.

## Die Arbeiterbewegung

Neben Jugendbewegungen und islamistischen Gruppen spielten vor allem ArbeiterInnen eine wichtige Rolle in der Aufstandsbewegung gegen das Mubarak-Regime. In den fünf Jahren vor dessen Sturz hat es Streikwellen vor allem in Industriezentren wie Mahalla (Textilindustrie) und Suez (Suezkanal, petrochemische und eisenverarbeitende Industrie) gegeben. »Ich meine, wenn die Streiks nicht gewesen wären, hätte Mubarak darauf setzen können, dass die Proteste im Sand verlaufen« (arpo 3/2011, S. 12), war eine unter linken AktivistInnen weit verbreitete Sicht. Wir haben zur Lage der Arbeiterklasse und ihrer Entwicklung unter den Umsturzbbedingungen in Ägypten einiges Material veröffentlicht in arpo 3/2011 und beschränken uns hier auf eine knappe Zusammenfassung und Aktualisierung.

Auslöser der Streikwelle waren manipulierte Gewerkschaftswahlen im Jahre 2006. Die ArbeiterInnen reagierten mit nicht genehmigten (also »wilden«) Arbeitsniederlegungen mit dem Höhepunkt vom 6./7. April 2008 in Mahalla und mit der Gründung neuer, vom staatlichen Gewerkschaftsbund unabhängiger Gewerkschaften. Ihre Aktionsformen, darunter Fabrikbesetzungen, gingen 2011 in die Tahrir-Revolution ein; die ArbeiterInnen hatten Erfahrung damit, solche Aktionen unter Bedingungen der Illegalität zu organisieren. In vielen Städten stellten ArbeiterInnen einen Anteil der gegen Mubarak bzw. den Militärrat Demonstrierenden, außerhalb Kairo häufig die Mehrheit. Der Militärrat versuchte Ende März 2011, die Welle durch ein gesetzliches Streikverbot zu stoppen. Mangels Statistiken lässt sich dessen Wirkung nicht einwandfrei beurteilen, doch gibt es Einschätzungen, die sogar von einer Steigerung der Streikaktivitäten im Vergleich zu den Jahren vorher berichten. Der rasche Rücktritt Mubaraks und die Machtübernahme des Militärs werden von Beobachtern (wie Schumacher/Osman, S. 184) teils auch auf die Fernwirkung von parallel stattfindenden Streiks zurückgeführt.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen sind weit weg von mitteleuropäischen Arbeitsverhältnissen: Festanstellungen sind in eine Seltenheit, rund die Hälfte der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft, von den anderen 50 Prozent sind die meisten in Kleinbetrieben und im informellen Sektor tätig. Ihre Hauptforderungen lauten auf Vollzeitverträge, Mindestlohn von 1200 Ägyptische Pfund (2011) und das Recht zur Bildung freier Gewerkschaften und Verbände. Neben dem früher einzigen offiziellen Gewerkschaftsbund Egyptian Trade Unions Federation (ETUF) gibt es nun zwei unabhängige Dachorganisationen, Egyptian Federation of Independent Trade Unions (EFITU) und Egyptian Democratic Labor Congress (EDLC).

Unter der Mursi-Regierung wurden Erwartungen auf eine Verbesserung der Lage der Gewerkschaften nicht erfüllt, Streiks und Demonstrationen vielmehr weiterhin mit gesetzlicher und gewaltsamer Repression bedroht. Daher beteiligten sich die Gewerkschaften an der Tamarod-Bewegung und begrüßten den Sturz Mursis. Aus ihren Reihen stammt der aktuelle Arbeitsminister, ein Mann, der der nasseristischen Ideologie anhängt, also Vertrauen ins

3) »Erkenne deinen Feind«, 12.8.2013, <http://marx21.de/content/view/1960/32/>; der hier Interviewte gehört in Ägypten einer linken Gruppierung mit trotzkistischer Orientierung an.

Militär setzt. Ein zweifelhafter Erfolg: Er ist Mitglied einer Regierung, die die neoliberale Politik der Mubarak- und kurzfristigen Mursi-Ära fortführt. Als er im Namen der Übergangsregierung zur »Produktionssteigerung« aufrief, traten ArbeiterInnen – nicht nur in Mahalla – in Streik.

Politische Klassenorganisationen von wahrnehmbarer Bedeutung (die also über Kleingruppen hinausgehen) gibt es dagegen noch nicht. Die »Ägyptische Kommunistische Partei« hat eine lange Geschichte von Verfolgung, Spaltung und Neugründung hinter sich, besteht in der jetzigen Formation seit 1975 und hat sich 2011 anlässlich der Parlamentswahlen mit anderen linken Gruppen zu einer »Sozialistischen Front« zusammengeschlossen. Diese und andere Gruppen aus Intellektuellen und Altlinken wie die »Sozialistische Volksallianz«, die »Ägyptische Sozialdemokratische Partei«, die »Sozialistische Partei Ägyptens« machen Bündnis- und Listenpolitik im Rahmen des überwiegend linksliberalen »Ägyptischen Blocks« oder sind bereits wieder aus ihm ausgetreten. Dieses ganze Spektrum ist im ständigen Fluss, eine hegemoniale Kraft ist derzeit nicht erkennbar.

»Parallel zur Eindämmung der sozialen Kämpfe der Arbeiter erschwert die Militärregierung die politische Organisation der Lohnabhängigen durch Gesetze. So müssen die Parteien für ihre Lizenzierung mindestens 1 Mio. Ägyptische Pfund (ca. 125000 EUR) aufbringen, um die Namen von mindestens 5000 Gründern in zwei überregionalen Tageszeitungen zu veröffentlichen.« (arpo, 3/2011). Das alles trägt dazu bei, dass politische Impulse kaum aus den Reihen der Lohnabhängigen kommen und dass Streiks nur selten mit politischen Bewegungen koordiniert werden. Doch das Militär fürchtet die destabilisierende Wirkung von Arbeitskämpfen und damit die potenzielle Macht der Arbeiterbewegung. Ob es zu einer politischen Organisation im Interesse der Lohnabhängigen kommt, wird die Zukunft zeigen. Das Militärregime ist mit Sicherheit keine gute Voraussetzung dazu, ein Bündnis mit der Moslembruderschaft wäre im Hinblick etwa auf Erfahrungen im Iran, wo Arbeiterorganisationen ebenfalls Regimetreue beweisen müssen, wenn sie legal arbeiten wollen, sehr problematisch. Es führt kein Weg an der Entwicklung eigener politischer Organisation vorbei.

## Die Moslembruderschaft

In Ägypten teilt sich der politische Islam grob in zwei Strömungen auf: die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (Moslembruderschaft an sich, konservativ-islamisch, Scharia, freie Marktwirtschaft) und die Partei des Lichts (Salafisten, stärker religiös orientiert). Dazu kommen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) weitere Kleinparteien, die sich einer dieser beiden Richtungen mehr oder weniger einordnen lassen, darunter eine, deren Vorbild die türkische Regierungspartei AKP ist. Nicht in diesen Zusammenhang gehören Gruppen mit Orientierung auf den bewaffneten Kampf wie der Ägyptische Islamische Dschihad, die mitursächlich dafür sind, dass in großen Teilen der bürgerlichen Presse »Islamismus« häufig mit »Terrorismus« in Verbindung gesetzt wird.

Die Geschichte der 1928 gegründeten Moslembruderschaft ist politisch überwiegend von Unterdrückung durch die Monarchie, ab 1952 durch die nasseristischen Regimes gekennzeichnet. Dass sie für die Scharia eintritt, ist kein Geheimnis, doch sollen uns diese Religions- und Weltauffassung und ihre unterschiedlichen Auslegungen hier nicht weiter interessieren. Die Moslembruderschaft gilt heute als politisch moderate und entradikalisierte Formation, die sich manchen Analysten zufolge in einem Prozess der Entideologisierung befindet. Sie ist eine konservativ-islamische Organisation und verfolgt in »weltlicher« Hinsicht eine marktwirtschaftliche, also kapitalistische Orientierung.

Die strategische Situation der MB in der Tahrir-Bewegung beschreiben Schuhmacher/Osman so (S. 106): »Die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit der Moslembrüder hatte die größten Chancen, bei den Wahlen eine Mehrheit zu erringen. Zugleich wären die Moslembrüder, sollten sie zurück auf die Straße gehen, der gefährlichste Gegner des Militärrates. Das war jedoch nicht im Interesse deren Führungsebene.« Das war offensichtlich der entscheidende Punkt. Die MB-Führung orientierte auf den Kompromiß mit den Militärs, die sie unter Nasser, Sadat und Mubarak jahrzehntelang von der Macht isoliert hatten. Sie lehnte die Kooperation mit den »säkularen« Teilen der Tahrir-Bewegung endgültig ab und zwang durch ihr Verhalten auch ihre Basis zunehmend dazu, ihr auf diesem Weg zu folgen und sich von den bisherigen Bündnispartnern der Straße zu trennen. Was die MB-Führung vor allem anderen fürchtete, war gerade dies: dass das Militär wegen »Unruhen« die Wahlen absagte.

In den Parlamentswahlen vom 28.11.2011 bis 11.1.2012 siegte die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei mit rund 235 von 498 Sitzen, die Partei des Lichts erhielt 123, weit abgeschlagen folgten die konservativ-liberale Neue Wafd-Partei mit 38 und der überwiegend linksliberal orientierte Ägyptische Block mit 35 Sitzen. Im Juni 2012 wurde der Kandidat der MB, Mursi, knapp in einer Stichwahl zum Präsidenten gewählt.

Nach diesen Wahlen fühlte sich die MB-Führung als Sieger, dem allein die ganze Beute gehört – mit Ausnahme der Armee, auf die wegen ihrer Machtstellung Rücksicht genommen werden musste, denn »... das Militär bleibt gestärkt und durch das neue Parlament legitimiert an der Macht« (Schuhmacher/Osman S. 168). Warum wurden die Erwartungen so vieler Menschen so schnell enttäuscht, dass sich schon ab November 2012 eine Protestbewegung gegen Mursis Regime zu bilden begann, die schließlich ihr Koordinationszentrum in der Tamarod-Bewegung fand? Der Vorwurf von Sabotageakten durch Geschäftsleute und Bürokratie des alten Regimes, z.B. in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Benzin, trifft sicher zu, erklärt aber nicht alles, weil solche Vorgänge bei tiefgreifenden Regimewechseln in mehr oder weniger starkem Ausmaß zu erwarten und daher »normal« sind. Auch die Gegenmaßnahmen des Mursi-Regimes, von Personalbesetzungen bis zu Verfassungsänderungen, sind da nicht verwunderlich.

Eine politische Bewertung erfordert aber, sich darüber klar zu werden, wer hier mit wem auf wessen Kosten dealt hat. Die MB-Führung versuchte, die Überreste des alten Regimes und die Armee zu besänftigen, um deren Feindschaft gegen die Moslembruderschaft zu beschwichtigen. Sie führte die neoliberale Politik Mubaraks fort, trieb Privatisierungen voran und erfüllte die Bedingungen des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF). Die Kosten hatten Arbeiterklasse und Mittelschichten zu tragen. Unter »normalen« Umständen wird einer gewählten Regierung mehr Zeit gelassen, Erwartungen und Wahlversprechen zu erfüllen, und sie wird auf regulärem Wege abgewählt. Doch Ägypten befindet sich in Umsturzeiten nach jahrzehntelanger Diktatur, die ihrerseits einmal (1952) mit einer Rebellion und mit Verheißungen angefangen hatte. In der tiefen Krise von heute sind die Hoffnungen nicht aufgegangen, sondern führten zur Konfrontation.

All dies trifft für den Teil der rebellierenden Bevölkerung zu, der sich eben nicht der Moslembruderschaft und ihrer Programmatik verbunden fühlt. Verschärfend kommt

hinzu, daß weite, in der nasseristischen Staatsideologie sozialisierte Teile der Bevölkerung bis in Kreise des Großunternehmertums hinein den »politischen Islam« und seine Vertreter definitiv ablehnen. Die Moslembroderschaft dagegen hat der Putsch gegen den rechtmäßig gewählten Präsidenten, der einer der ihren ist, umso fester zusammengeschlossen. Ein neuer Kompromiß ist schwer vorstellbar, da die MB-Führung vollends ihre Legitimation verlieren würde, wenn sie ihren eigenen Präsidenten und ihre Basis offen verraten würde.

## Das Militär

Das ägyptische Militär hat (oder hatte) den Ruf einer Befreiungsarmee: Gemeint sind die »Freien Offiziere«, die mit dem Sturz der Monarchie, der Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft, dem Beginn »blockfreier« Außenpolitik zur Zeit des Kalten Krieges etc. die Reste des britischen Kolonialismus und imperialistischer Bevormundung im Lande beseitigten und mit ihrer Entwicklungspolitik Ernährung, Gesundheit, Bildung etc. für weite Teile der Bevölkerung verbesserten. Nicht alles davon ist Legende, aber das Ideal eines »Arabischen Sozialismus« blieb in weiter Ferne. Stattdessen entwickelten sich Offiziere und Großunternehmer bereits seit den siebziger Jahren zur neuen Schicht der »fetten Katzen«.

Die Armee ist die eigentliche Macht im Lande. Alle Präsidenten – Nagib, Nasser, Sadat, Mubarak, der Militärratsvorsitzende Tantawi – kamen aus ihren Reihen. Der Versuch Mubaraks, seinen Sohn Gamal, einen Nichtmilitär, zum Nachfolger zu machen, wäre ein Verstoß gegen diese Tradition gewesen. Ein Grund, die Revolution vom Zaun zu brechen, um Gamal Mubarak los zu werden, wie manchmal zu lesen ist, kann das aber nicht sein: Dafür war die Angst der Militärführung vor einem unkalkulierbaren Volksaufstand doch zu groß, wie die ersten Monate seit der Tahrir-Rebellion zeigten, als sie zunächst vorgaben, die Ziele der Revolution zu teilen, um die Protestbewegung zu umschmeicheln und schließlich zu spalten. Gleichzeitig ließ sie die Polizei von der Kette und griff erst dann selbst ein, wenn dies nicht ausreichte.

Die Armee ist ein Wirtschaftsimperium im eigenen Land. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil ein großes Geheimnis darum gemacht wird. Es wird geschätzt, daß es sich um 25 – 50 Prozent der gesamten Wirtschaft handelt. Dies umfasst Gastronomie und Tourismus, Lebensmittelproduktion und -verarbeitung, Textilunternehmen, Maschinen- und Waffenproduktion, Transportwesen (Luftfahrt, Eisenbahn, Autos), Gasförderung, Bauindustrie, Telekommunikation, Landwirtschaft. Produziert wird mit regulären ArbeiterInnen und Angestellten – daher sind die Militärs auch gegen Streiks empfindlich – und mit billigen, weil rechtlosen Wehrpflichtigen.

In der Umbruchperiode seit Februar 2011 versuchte das Militär – zunächst mit großem Erfolg – an seinen antikolonialistischen Befreiungsmythos und die Sympathien in der Bevölkerung anzuknüpfen. Die »Drecksarbeit« der Repression gegen die Protestbewegung oblag erst einmal der Polizei und dem Geheimdienst, während der Militär die umfassende politische Kontrolle beanspruchte und auch ausübte (er ernannte und entließ Minister, zensierte die Presse etc.). Die Bevölkerung sollte den Eindruck haben, dass die Armee nicht auf sie schießt und dass sie ihr vertrauen könne. Aber der Militär tat nichts, um gegen die Brutalitäten der Polizei und bewaffneter, bezahlter Schläger (arabisch: baltagiyya) vorzugehen. Solange es ging, verfolgte er diese Doppelstrategie und ließ sich feiern

als die Macht, die den Sturz des Mubarak-Regimes und den Übergang in eine »neue Zeit« absichert. So oft es ihm notwendig und nützlich erschien, schaltete er um auf offene Repression gegen die Proteste auf der Straße und gegen den institutionalisierten Verfassungsprozeß. Das Ziel ist eine Regierungsform mit einem politischen Arrangement, das die Machtstellung der Armee sichert.

Aus all dem folgt: Dieses Militär ist niemals bereit, freiwillig abzutreten. Als hochgerüstete, von den USA, Saudi-Arabien, Golfstaaten wie Katar subventionierte und gut vernetzte Armee muss sie das auch nicht. Andererseits erklärt sich aus der hochgehaltenen nasseristischen Tradition, daß weite Teile der Bevölkerung und der AktivistInnen der Protestbewegung schwierige Lernprozesse durchmachen mussten, um von ihren Illusionen frei zu werden, und dass vielen dies bis heute nicht gelang. Wer die Bilder im Fernsehen sieht, die Nachrichten in den Zeitungen liest, sich dabei klar macht, dass dies nun schon seit Februar 2011 so geht, sieht eine Armee, die in ihrer rücksichtslosen Brutalität nicht mehr auf Sympathie in der Bevölkerung, sondern auf Einschüchterung und Angst setzt. Im Verhältnis zum Westen, also USA und EU, baut die Armeeführung offensichtlich darauf, dass das Entsetzen in Medien und offizieller Politik seine Grenzen hat, weil ihre Position in der Region des Nahen Ostens unersetzlich scheint.

Zu den Konsequenzen für die Linken erklärt der bereits zitierte Basisaktivist<sup>3)</sup>: *»Wir werden uns nicht auf die Seite der Überreste des Mubarak-Regimes oder der Armee schlagen, ungeachtet der Tatsache, dass wir auch zur Muslimbruderschaft in Opposition standen. Wir waren an zentraler Stelle an der Bewegung für die Absetzung Mursis beteiligt, aber wir wollten, dass die Menschen Mursi absetzen, nicht die Armee. Wir haben all das nicht durchgestanden, damit die Armee wieder an die Macht kommt und Mubaraks Schergen erneut Ministerposten bekleiden.«*

Dem können wir nur zustimmen. Zur Zeit steht der Konflikt zwischen Moslembroderschaft und Militär im Vordergrund, den die MB allem Anschein nach verlieren wird. Da die sozialen Probleme der Arbeiterklasse und der Mittelschichten so oder so jedoch nicht zu lösen sind, wird eine erneute Konfrontation zwischen diesen Teilen der Gesellschaft und einer von der Armeeführung gestützten Regierung unausweichlich. Die Arbeiterbewegung wird darin ihre Rolle einnehmen müssen. Bisher ist die direkte Verbindung betrieblich-gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe eher ausnahmsweise gelungen (ein positives Beispiel hierzu: 6. April 2008), die Fernwirkung jedoch deutlich spürbar. Ob, wann und in welchen Formen die Auseinandersetzungen ein solches Niveau erreichen und ggf. darüber hinausgehen, können wir hier nicht prognostizieren. 19.8.2013 ■

## Wir bitten um Hilfe bei der Suche nach . . .

. . . Dokumenten zur Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere Originale von Zeitungen wie »Gegen den Strom«, »Arbeiterpolitik«, »Volksrecht«, »Arbeitertribüne«, »Der internationale Klassenkampf« sowie Broschüren und Flugblätter von der KPD-O, der IVKO, wie auch der SAP. Wir möchten mithilfe unseres Archivs die Materialien dieser politischen Strömung zusammenhalten und allen Interessierten zur Verfügung stellen, bevor sie der grassierenden privaten Entsorgung zum Opfer fallen. GFSA e.V. ■

4) siehe Fußnote 2

# Unternehmer verteidigt erfolgreich gewerkschaftsfreie Zone

*In Arpo Nr. 1/2 20013 gaben wir einen Zwischenstand zum Arbeitskampf bei Neupack, in dem wir die Ereignisse bis Mitte April nachzeichneten. Inzwischen ist der Streik beendet. In der »jungen Welt« vom 14.8.2013 veröffentlichte IG BCE-Mitglied und Rechtsanwalt des Neupack-Betriebsrats Harald Humburg eine Streikeinschätzung, die allerdings von der Redaktion gekürzt worden war. Die ungekürzte Fassung ist zu finden unter »kurzlink.de/Neupack«. Außerdem verweisen wir auf das Neupack-Dossier im Labournet, das von Beginn des Arbeitskampfs an Berichte und Diskussionen zum Arbeitskampfverlauf dokumentiert hat. An diesen Stellen wird ausführlich auf die Vorgeschichte des Streiks, die betrieblichen Bedingungen und den Streikverlauf eingegangen, so dass wir hier darauf verzichten, diese im Einzelnen zu schildern.*

*Im Folgenden wollen wir einige Thesen zur Einschätzung des Arbeitskampfverlaufs, des Ergebnisses und möglichen Lehren für die nächste Zukunft des Gewerkschaftskampfes in der BRD geben.*

Ende Juli/Anfang August 2013 ließ es sich nicht mehr verschleiern: Die Führung der IG BCE hat mit dem Streik bei dem Verpackungshersteller Neupack in Hamburg und Rotenburg/Wümme Schiffbruch erlitten. Mit ihr aber auch die anderen DGB-Gewerkschaften.

Die über 100 KollegInnen von Neupack, die sich in diesem langen Arbeitskampf engagiert und mit ihrem Einsatz ein Beispiel für viele prekär Beschäftigten in vergleichbarer Situation gegeben hatten, sind jetzt z.T. enttäuscht und sauer auf die Gewerkschaft, was verständlich ist. Trotzdem können sie auf das, was sie an Kampfes- und Durchhaltewillen gezeigt haben, berechtigterweise stolz sein. Sie haben begriffen: Nicht der unmittelbare Erfolg ist das Maß, sondern ihr gefundener Zusammenhalt. Aus ihren Erfahrungen gilt es die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, damit andere Belegschaften in die sicherlich kommenden Auseinandersetzungen besser vorbereitet eintreten können.

Die Führung der IG BCE wollte von der Firma Neupack ihre Anerkennung als Sozialpartner. Diese hätte sie mit einem Tarifvertrag bekommen. Den Tarifvertrag bekam sie aber nicht – nicht einmal eine Andeutung davon. Die Gewerkschaft blieb in ihrem Kampf der Sozialpartnerschaft verpflichtet, sie meinte, mit den Kampfmethoden aus der Zeit der Vollbeschäftigung weiter machen zu können, während dieser Unternehmer sich entschieden dagegen wehrte, der IG BCE eine Rolle in seinem Betrieb zuzugestehen. Für ihn war das eine grundsätzliche Frage, er setzte seinen Klassenstandpunkt durch.

Diesen Boden der grundsätzlichen Konfrontation wollte und konnte die Gewerkschaft aber nicht betreten. Die Belegschaft konnte den Kampf alleine auch nicht gewinnen, dafür war sie viel zu klein und schwach und die notwendige Unterstützung aus anderen Gewerkschaften fehlte fast

völlig – abgesehen von einer Vielzahl an Grußadressen und Spenden aus Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien. Sie hatten in diesem Arbeitskampf eine moralische Bedeutung für die kampfunerfahrene Neupack-Belegschaft, sie hatten allerdings für die innergewerkschaftliche Diskussion die Funktion von Ablassbriefen.

Der Landesbezirksvorsitzende der IG BCE und Streikleiter Ralf Becker lässt sich aber im 64. Streikinfo (9.8.2013) der IG BCE zum Ergebnis zitieren: »Auch wenn das Ergebnis einen Kompromiss darstellt: Für die Arbeitnehmer bei Neupack bricht eine neue Zeit an. Sie bringt mehr Rechte, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Entgelte. Ohne die Entschlossenheit und ohne den Durchhaltewillen der Beschäftigten aber wären wir nicht so weit gekommen. Nun werden wir die Umsetzung der Resultate gemeinsam mit dem Betriebsrat eng begleiten und überwachen.«

## Warum dennoch eine Niederlage?

Die Streikenden und die IG BCE waren mit dem Ziel in den Arbeitskampf gegangen, einen Tarifvertrag durchzusetzen. Der IG BCE-Vorsitzende Vassiliadis hatte im November, kurz nach Streikbeginn erklärt: »Wir werden an Neupack ein Exempel statuieren, koste es, was es wolle.« Verhandlungen mit der IG BCE über einen Tarifvertrag wollte der Unternehmer Krüger von Neupack aber nicht akzeptieren, stattdessen erklärte die Firmenleitung gleich nach dem ersten Warnstreik und noch vor der Urabstimmung, nur mit dem Betriebsrat und nur über eine Vereinbarung über die geforderten Punkte (Lohnerhöhung, Einstufungen, durchsichtiges Entlohnungssystem u.a.) verhandeln zu wollen.

Genau dieses Ziel hat das Unternehmen Neupack nun erreicht: Es wurde kein Tarifvertrag abgeschlossen, die IG BCE bleibt als Vertragspartner aus dem Betrieb ausgeschlossen.

Dagegen betont Streikleiter Ralf Becker noch Mitte September auf einem Abschlussfest der Gewerkschaft, die bei Neupack Beschäftigten hätten nun mehr Rechte, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Entgelte. Zum Zeitpunkt, als dies an die Presse gegeben wurde (4.8.), wussten die Beschäftigten aber noch gar nicht, wie das im Einzelnen für sie aussehen würde. Jedem/r Arbeitnehmer/in wurde nämlich erst später ein Einzelarbeitsvertrag vorgelegt, indem er/sie Eingruppierung, Entgelt etc. erst erfahren würde. Vor allem aber: Der Unterschied zu einem Tarifvertrag wird von der Gewerkschaft als unbedeutend weggewischt, doch er ist es nicht: Die »Regelungsabsprachen« im Arbeitsvertrag können individuell durch eine Änderungskündigung geändert werden. Und die Regelungen gelten nur für die, die jetzt einen Arbeitsvertrag vorgelegt bekommen, für spätere Neueinstellungen gelten sie nicht. Beim Tarifvertrag hingegen benötigen alle Änderungen die Zustimmung der Gewerkschaft.

Ralf Becker spricht auch von einer »neuen Zeit«, die jetzt für die ArbeitnehmerInnen bei Neupack anbreche. Dazu eine treffende Stellungnahme aus dem Solikreis: »Ob die Beschäftigten, d.h. die ehemals Streikenden ihre Zukunft auch als »Anbruch einer neuen Zeit« sehen, müsste man erfragen. Die Gegenwart ist leider so, dass Hoeck/Krüger vorletzte Woche zwei Streikaktivisten verhaltensbe-

1) Siehe unter: [www.labournet.de/branchen/sonstige/verpackungen/neupack/?cat=7668](http://www.labournet.de/branchen/sonstige/verpackungen/neupack/?cat=7668).

Weitere Dokumente zum Streik und aus der nachfolgenden Diskussion siehe unter: [www.medien-kunst-industrie-hamburg.verdi.de/kampagne-das-grundrecht-auf-streik-schuetzen](http://www.medien-kunst-industrie-hamburg.verdi.de/kampagne-das-grundrecht-auf-streik-schuetzen)

dingt gekündigt hatte, letzte Woche nochmal drei ehemals Streikende. Ansonsten werden die Streikbrecher freundlich behandelt, einige der ehemals Streikenden jedoch gemobbt und von Vorgesetzten zu Schichtbeginn nicht begrüßt. Falls sie mal eine rauchen, werden sie angemacht, die Streikbrecher hingegen nicht.

Es wird jede Gelegenheit genutzt, KollegInnen bei Fehlverhalten abzumahnern oder sogar zu kündigen. Die Strategie dahinter ist, sich eine gefügige und eingeschüchterte Belegschaft zu schaffen, zu der ein Teil der Stammbesellschaft gehört und etliche der polnischen Streikbrecher. Die Überzähligen müssen raus.«<sup>2)</sup>

Im Übrigen spricht das Verhalten der IG BCE zum Ende des Arbeitskampfes Bände. Der Arbeitskampf, der im Oktober 2012 mit einer Urabstimmung legitimiert worden war, wurde jetzt per Streikinfo für beendet erklärt – ohne Urabstimmung. Das sei satzungsmäßig möglich, so die IG BCE. Vermutlich wollte sie sich eine Blamage bei einer Urabstimmung ersparen, denn es hätte wohl nur ganz wenige der Streikenden gegeben, die dem Ergebnis zugestimmt hätten,

### Der Streikabbruch am 24. Januar 2013

Faktisch gab die IG BCE den Kampf um einen Tarifvertrag auf, als sie im Januar beschloss, den Vollstreik abzubrechen und von da an einen »Flexistreik« oder »Wellenstreik« (H. Humburg) ausrief. Gab es noch ein paar Tage Unklarheit darüber, was das nun bedeuten und wie der Flexistreik von der IG BCE-Streikleitung geführt werden würde, wurde bald immer offensichtlicher, dass es sich tatsächlich nicht um einen Wechsel der Streiktaktik, sondern um einen faktischen Kampfabbruch handelte. Die streikenden KollegInnen sprachen deshalb bald von »Flexi-Verarschung«, während die IG-BCE-Funktionäre ihnen, dem Soli-Komitee und der Öffentlichkeit weismachen wollten, es handele sich um eine wohlüberlegte Strategie, über die man jetzt aber nicht diskutieren wolle. Es wurden hier von den Hauptamtlichen wider besseres Wissen die Träger des Arbeitskampfes und auch ihre Unterstützer bewusst getäuscht.

Das brachte einen Sprecher des Soli-Kreises zu folgender Aussage: »Es wäre leicht gewesen, Krüger zu besiegen, stattdessen wurde er gerettet. Krüger und sein Berater Hoeck schätzten hingegen die IG BCE-Führung in Hannover von vornherein treffend ein, was deren Nachgiebigkeit betraf. Ihre eigentlichen Gegner waren die Streikenden und die Betriebsräte. Was hatten die Streikenden verbrochen, daß sie von ihrer Gewerkschaftsführung mit dem Flexi-»Streik« bestraft wurden? Sie hatten der IG BCE-Führung den Gehorsam verweigert.«<sup>3)</sup>

Er meint also, die Gewerkschaftsführung habe die Streikenden nicht nur bewusst verraten, sondern sie sogar »bestrafen« wollen, weil diese mit dem Streik die Firmenleitung von Neupack niederkämpfen wollten. Dieser Vorwurf ist absurd, denn er übersieht, dass die IG BCE durchaus ein starkes Eigeninteresse hatte, mit den Neupack-Beschäftigten in einen Arbeitskampf zu treten und überhaupt kein Interesse daran haben konnte, eine derart krachende Niederlage einzufahren, wie sie es schließlich erleben musste. In der »Arbeiterpolitik« Nr. 1/2 2013 schrieben wir dazu: »Der Apparat der Gewerkschaft IG BCE verbindet mit dem Streik organisationspolitische Interessen: Da die größeren (Chemie-)Betriebe unter Beschäftigten- und folglich Mitgliederrückgang leiden, muss er sich um neue Mitglieder

bemühen. Diese sind aber überwiegend nur in Klein- und Mittelbetrieben zu finden, in denen die Gewerkschaft bisher schlecht vertreten ist und in denen häufig ein tarifloser Zustand herrscht. In dieser Situation schien für die Gewerkschaft die Firma Neupack die Gelegenheit zu bieten, Neuland zu erschließen und in einen Bereich vorzudringen, in dem Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung an der Tagesordnung sind.« (S.2)

Ähnlich schreibt Harald Humburg als IG BCE-Kenner über das Zustandekommen des Streikbeschlusses der IG BCE-Führung: »Hintergrund der Entscheidung ist wohl folgende Überlegung: Kann sich die IG BCE nicht gegen einen provokativ die Sozialpartnerschaft verweigernden Mittelständler wie Neupack durchsetzen, dann besteht die Gefahr, dass ihr nicht nur an den Rändern, sondern überall die Sozialpartner wegbrechen.« (S.3)

Wenn aber die IG BCE-Führung ein starkes Interesse daran hatte, den Streik bei Neupack zu einem Erfolg (d.h. in ihrem Sinne: zu einem Tarifvertrag) zu führen, dann bleibt es zunächst unverständlich, warum sie den Streik am 24.1. abgebrochen hat. Zumal die Situation der Unternehmerfamilie Krüger in diesen Tagen nach Aussagen von vielen Streikenden, denen auch von den Hauptamtlichen nicht widersprochen wurde, ökonomisch ziemlich desolat aussah.

Kollege Humburg beantwortet die Frage so, dass er innerhalb der IG BCE zwei Linien sieht: eine, die mit einem effektiven ökonomisch »Wellenstreik« den Druck steigern wollte, eine andere, die mit dem »Wellenstreik« dem Unternehmer ein »abmilderndes sozialpartnerschaftliches Signal« (S. 5) habe senden wollen. Da die letztere im Vorstand in der Mehrheit gewesen sei, habe sie sich durchgesetzt. Dagegen hätten die örtliche Streikleitung und die Streikenden selbst es nicht vermocht, »gemeinsam eine konkrete Strategie zu erarbeiten, die den wirtschaftlichen und politischen Druck auf Neupack wieder erhöht und diese innergewerkschaftlich durchzusetzen.« (S. 6) Dies sei möglich gewesen, aber: »Ihre innergewerkschaftliche Stärke lange nicht erkannt zu haben und wegen fehlender Strukturen auch nicht nutzen zu können, ist der entscheidende Mangel auf Seiten der Streikenden selbst.« (S. 7)

Diese Erklärung kann aus mehreren Gründen nicht befriedigen. Zum ersten und vielleicht wichtigsten war die Ausrufung des Flexi- oder Wellenstreiks kein »abmilderndes sozialpartnerschaftliches Signal«, sondern der faktische Streikabbruch. Danach ging es der IG BCE nur noch um Schadensbegrenzung und Gesichtswahrung, was ihr aber letztlich nicht gelang, weil die Neupack-Unternehmensführung die Niederlage der Gewerkschaft erkannte und gnadenlos ausnutzte. Dies erfuhren die Streikenden am lebendigen Leibe mit Schikanen, Abmahnungen, Kündigungen, Mobbing etc. Der Gewerkschaftsapparat bis hin zu den weisungsgebundenen Hauptamtlichen vor Ort hatte außer Rechtsanwältinnen und Abwehr vor dem Arbeitsgericht keine weitere Antwort darauf. Eine Reaktionsmöglichkeit der Belegschaft, ein Eingreifen in den Produktionsablauf (genau diese Abwehrmöglichkeit hatte die Belegschaft mit Beginn des Streiks als ihr Kampf- und Druckmittel kennengelernt) war auf keinen Fall von den Hauptamtlichen in Hannover gewünscht und wurde mit allen Mitteln verhindert.

Die Sache war also am und nach dem 24.1. nicht offen zwischen zwei Linien im Vorstand in Hannover, wie Harald Humburg annimmt, sondern entschieden. Da hätte auch »eine konkrete Strategie« der Streikenden nicht geholfen und hat tatsächlich auch nicht geholfen: Im April unterbreitete nämlich der Betriebsratsvorsitzende Günes dem »Streikleiter« Becker auf einer Mitgliederversamm-

2) Dieter Wegner in: [www.labournet.de/branchen/sonstige/verpackungen/die-dritte-beendigung-des-neupack-streiks-durch-die-ig-bce/](http://www.labournet.de/branchen/sonstige/verpackungen/die-dritte-beendigung-des-neupack-streiks-durch-die-ig-bce/)

3) ders. in: [www.labournet.de/branchen/sonstige/verpackungen/der-neupack-streik-eine-kurze-analyse/](http://www.labournet.de/branchen/sonstige/verpackungen/der-neupack-streik-eine-kurze-analyse/)

lung genau diese Strategie, nämlich wie ein Flexistreik bei intensiver Entscheidungsmacht der Belegschaft erfolgreich geführt werden könnte. Becker, irritiert von dieser Intervention, die von den anwesenden Streikenden deutlich begrüßt wurde, wünschte diese vom Kollegen Günes vortragenen Forderungen schriftlich nach Hannover. Darauf bekam er, obwohl von Becker zugesagt, nie eine Antwort! Das erwähnt Harald Humburg leider nicht. Zu ergänzen ist allerdings auch, dass in der Belegschaft kein Druck entstand, den Vorstellungen des Betriebsrates Nachdruck zu verleihen.

Die Frage bleibt deshalb offen, weshalb die IG BCE den Streik am 24.1. faktisch abbrach. Geschah es aus der Einsicht heraus, dass der Streik als Vollstreik nicht zu gewinnen war, wie Harald Humburg nahelegt (vgl. S. 4)? Das ist auszuschließen, weil anschließend der Flexi-Streik so geführt wurde, dass er dem Unternehmer mehr half als schadete. Es muss etwas damit zu tun haben, dass die IG BCE ihre Stärke und ihr Selbstverständnis aus ihrer Rolle als Sozialpartner der großen Chemiekonzerne gewinnt.

### **Die IG BCE und die DGB-Gewerkschaften: Sozialpartnerschaft als Existenzgrundlage**

In Nr. 1/2 2013 schrieben wir dazu: »Am 18. Januar [also 6 Tage vor dem spektakulären Wieder-Reingehen] brachte die Presse die Nachricht, dass vor der Unterkunft eines polnischen Streikbrechers nahe Rotenburg eine ‚verbale Auseinandersetzung‘ zwischen russlanddeutschen Streikenden und polnischen Streikbrechern den Beteiligten am 16. Januar abends entglitten sei und mit einer schweren Körperverletzung geendet habe. Ein polnischer Streikbrecher liege mit Schädelbruch im Krankenhaus.(...)«

Während die Führung der IG BCE der Öffentlichkeit erklärte, noch gebe es keine Erkenntnisse, die Polizei müsse erst ihre Arbeit tun, schrillten im Apparat, auch der anderen DGB-Gewerkschaften, alle Alarmglocken. Denn das Unternehmen hatte einen »Coup« geplant. Neupack wollte der IG BCE mit Hilfe einer aus Großbritannien stammenden und international agierenden Anwaltskanzlei den Streik generell gerichtlich verbieten lassen. Angeblich sei die Gewerkschaft nicht in der Lage, den Konflikt zu beherrschen. Der Antrag sollte am Freitag, 25. Januar, mündlich vor dem Arbeitsgericht Verden verhandelt werden. Bekäme das Unternehmen recht, wäre laut IG BCE-Anwältin Mechthild Garweg, die grundgesetzlich geregelte Tarifautonomie massiv bedroht.

Man kann sich leicht vorstellen, wie die IG BCE mit Sitz in Hannover, daneben der DGB und die Einzelgewerkschaften, aber auch ihre »politischen Freunde« in der SPD angesichts dieser Zuspitzung in Aufregung gerieten, zumal am Sonntag, dem 20. Januar in Niedersachsen Landtagswahlen stattfanden, für die ein Regierungswechsel und ein SPD-Regierungschef vorhergesagt wurden.« (S. 5)

Für die IG BCE und die anderen DGB-Gewerkschaften war eine Grenze erreicht, die sie nicht überschreiten wollten und konnten. Denn was sich mit der Schlägerei in Rotenburg andeutete, war, dass der Arbeitskampf »außer Kontrolle« zu geraten drohte, und zwar außer Kontrolle der Gewerkschaftsapparate. Niemand hat bisher darauf aufmerksam gemacht, was da eigentlich passiert war, vielmehr haben alle, auch die Unterstützer, es als selbstverständlich hingenommen, dass dieser »Fall« von der Polizei verfolgt

und vor Gericht gebracht werden müsse. (Der Verletzte ist wenige Tage später ohne jede Erklärung und ohne auf Hilfeangebote zu reagieren in sein Heimatland abgereist und ward nicht mehr gesehen. Die Polizei hat die Ermittlungen abgeschlossen, bis heute keine Untersuchungsergebnisse bekannt gegeben, ein Prozess ist nicht angekündigt)

Wenn man Streiks in der Geschichte oder in anderen Ländern studiert, ist schnell festzustellen, dass körperliche Auseinandersetzungen zwischen Streikenden/Unterstützern und Streikbrechern eher die Regel als die Ausnahme darstellen. Das liegt in der Natur der Sache: Während die einen unter großen bis größten Opfern mit den Unternehmern um eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen, fallen ihnen die andern in den Rücken und sabotieren ihren Kampf.

Das war auch der Kern des Vorfalles in Rotenburg. Angesichts der Hilflosigkeit gegenüber dem Unternehmen, welches Streikbrecher aus Polen anheuerte, was von der aktuellen Rechtsprechung gedeckt wird<sup>4)</sup>, war eine Eskalation unvermeidlich. Sie kam in dieser Situation von einem einzelnen in einer nicht besonders taktisch klugen Art und Weise. Es war ungewollt der Ersatz für das völlige Fehlen einer Steigerung des Drucks von gewerkschaftlicher Seite. Dieser hätte sicher nicht nur darin bestehen können, die Betriebstore zu blockieren, denn die hätte die Polizei freigeräumt<sup>5)</sup>. Vielmehr hätten Schritte politischer Natur erfolgen müssen: Solidaritätsstreiks in anderen Betrieben, Straßenblockaden, Demos, Autokorsos usw. die die Situation hätten zuspitzen können. Illusorisch? Selbstverständlich, angesichts der derzeitigen Verfassung der Gewerkschaften, ihrer Mitglieder und der Linken innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften generell.

Da die Gewerkschaftsführungen der IG BCE und der übrigen DGB-Gewerkschaften eine solche Eskalation nicht nur nicht durchführen können, sondern noch nicht einmal zu denken wagen, musste der Streik beim ersten Anzeichen, dass der Kampf ihrer sozialpartnerschaftliche Kontrolle zu entgleiten drohte, abgebrochen werden. Insbesondere gilt das für die sozialpartnerschaftliche Gewerkschaft schlechthin, die IG BCE: Wie hätte sie den Unternehmern der Großchemie, mit denen sie gemeinschaftliche Institutionen<sup>6)</sup> betreibt, eine solche Eskalation erklären sollen? Ihre Verlässlichkeit, ihre Reputation standen auf dem Spiel, alle Probleme schiedlich-friedlich gemeinsam mit den Unternehmern aus dem Weg zu räumen, wie sie es bisher hat machen können.

Harald Humburg zeigt also eine Scheinalternative auf, die für die Durchführung des »Wellenstreiks« gegolten haben soll. Angesichts des Zustandes der IG BCE und ihrer inneren Kräfteverhältnisse gab es aber keine Möglichkeit, den Kurs des Vorstandes zu ändern.

### **Die Spaltung der Belegschaft**

Entwirft Harald Humburg für den Wellenstreik die Fiktion eines alternativen Vorgehens, beschreibt er zutreffend die reale Spaltung der Belegschaft in Streikende und Nichtstreikende, insbesondere Angestellte und ein Teil der Maschinenführer (vgl. S. 2). Daraus zieht er folgenden Schluss: »Die Tatsache, dass die Eigentümer sich im Kampf auf ihren Kader aus Vorgesetzten und Angestellten stützen konnten und die Streikenden demgegenüber überwiegend aus leicht ersetzbaren Kollegen bestanden, war letztlich entscheidend dafür, dass der Arbeitskampf nicht den nötigen

4) vgl. die gute Darstellung bei H. Humburg, S.4 sowie die Referate der Rechtsanwälte Schoof und Hoopman zu diesem für die Zukunft eminent wichtigen Thema, die sie auf einer Solidaritätsveranstaltung des ver.di-Fachbereichs 08, Ortsverein Hamburg am 12. 2. 2013 hielten. Eine DVD dieser Veranstaltung ist bei ver.di Ortsverein Hamburg FB 08, Besenbinderhof, Gewerkschaftshaus, 20097 Hamburg zu bestellen)

5) Es macht aber einen Unterschied, ob die sozialdemokratisch geführte Hamburger Polizei 50 oder 100 solidarische Menschen beiseite drängt oder ob sie es mit gewerkschaftlichen Belegschaftsgruppen von mehreren Hundert zu tun hat.

6) z.B. die »Initiative Chemie« von Wirtschaftsverband (VCI), Gewerkschaft (IG BCE) und Arbeitgeberverband (BAVC)

*Druck entfaltet hat.« (S. 2f) Und: »Es ist eine wichtige Lehre aus dem Neupackstreik, dass man in der Vorbereitung des Arbeitskampfes nicht nur, wie es hier beispielhaft passiert ist, an der Überwindung der »nationalen« Spaltung der Kollegen in der Fertigung arbeiten muss, sondern bewusst auch die Kluft zu den Vorgesetzten und Angestellten angehen muss. Betriebsrat und Gewerkschaft müssen solche verbindenden Themen aufgreifen und so den Widerspruch auch dieser Gruppen zum Inhaber vertiefen und die Einheit der Belegschaft weiterentwickeln.« (S. 7)*

Das ist so richtig wie abstrakt. Die Realität in fast allen Arbeitskämpfen, in denen es um Tarifforderungen geht, ist, dass es genau diese Spaltung in der Belegschaft gibt und eine Streikleitung dieses berücksichtigen muss wie etwa einen Felsen, der bei einer Wanderung im Wege steht. Darauf zu warten, bis diese Spaltung überwunden ist und in diesem Falle ausgerechnet die prekär Beschäftigten aufzufordern, einen Spalt in die besser bezahlten Angestelltenränge zu treiben, heißt, sie auf den St. Nimmerleinstag zu vertrösten.

Etwas anders verhielt es sich jetzt bei Neupack mit den Maschinenführern. Ausgerechnet in dem Moment, als es den Streikenden gelungen war, während des Flexistreiks weitere Maschinenführer aus dem Betrieb zu holen, schickte sie der IG BCE-Vorstand (durch Telefon-Anruf aus Hannover) am nächsten Tag wieder in den Betrieb! Hier zeigte sich tatsächlich, was für eine zielstrebige Streikführung machbar gewesen wäre. Das Ergebnis dieser kontraproduktiven Entscheidung war entsprechend: Die Streikleitung in Hannover verlor jede Autorität in der Belegschaft.

Es gibt natürlich Beispiele von Arbeitskämpfen, in denen eine zuvor vorhandene Spaltung in der Belegschaft weitgehend aufgehoben wurde. In diesen Fällen ging es in aller Regel gegen Betriebsstillegungen, z.B. bei HDW oder dem Philipps Forschungslabor in Hamburg, bei BSH in Berlin oder anderswo. Hier waren Angestellte und gewerblich Beschäftigte gleichermaßen von der finalen Situation betroffen, weshalb es auch einen gemeinsamen Kampf geben konnte.

Das Problem, das sich in Arbeitskämpfen von prekär Beschäftigten zeigt, z.B. auch bei CFM in Berlin (vgl. Arbeiterpolitik Nr. 4/2011 und 1/2012), ist ein allgemeineres: Aufgrund ihres häufig unsicheren Arbeitsstatus und ihrer relativ leichten Ersetzbarkeit (siehe bei Neupack durch die polnischen Streikbrecher) sind die objektiven Ausgangsbedingungen von vornherein unvergleichlich schwieriger als in Betrieben mit überwiegend qualifiziert Beschäftigten. Das heißt, dass ein solcher Arbeitskampf nicht mit den bisher allgemein üblichen gewerkschaftlichen Mitteln eines Tarifkampfes geführt werden kann, sondern von vornherein als politischer Kampf begriffen werden muss. Das heißt, dass eine breite innergewerkschaftliche, aus den DGB-Gewerkschaften, den Belegschaften anderer Betriebe kommende Unterstützung nötig ist. Außergewerkschaftliche Unterstützung durch politische Aktionen kann weiteren Druck erzeugen.

Was hier für Betriebe mit prekär Beschäftigten gesagt wird, gilt im weiteren Sinne auch für alle Belegschaften in der sich ausweitenden ökonomischen Krise. Ihre ökonomischen Kampfmöglichkeiten nehmen ab mit dem Anwachsen der arbeitslosen Reservearmee außerhalb der Betriebe. Umgekehrt nimmt für die Unternehmer mit ihrer anwachsenden ökonomischen Stärke ihre politische Stärke ab. Ihnen geht nämlich tendenziell die politische Zustimmung verloren. Das heißt, ökonomische Kämpfe können langfristig nur noch als politische Kämpfe erfolgreich sein. Dass dazu die jetzigen Gewerkschaften sowohl von ihrer Führung wie von ihrer Mitgliedschaft meilenweit entfernt

sind, hat sich jetzt bei Neupack wieder gezeigt. Diese Voraussetzung zu schaffen ist unsere langfristige Aufgabe, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.

## Kritik an der Gewerkschaft

Harald Humburg schreibt: *»Der Neupackstreik zeigt zugleich die Schädlichkeit einer nicht konstruktiven, nicht die praktische Einheit stärkenden, sondern auf bloße Entlarvung der Sozialpartnerschaft oder der Gewerkschaft überhaupt ausgerichteten Kritik.« (S.8)* Damit meint er die Kritik, die insbesondere nach Beginn des Flexi-Streiks an der IG BCE aus den Reihen des Soli-Komitees und des Jourfixe der Gewerkschaftslinken geübt wurde. Tatsächlich gab es Tendenzen und Stimmen im Soli-Komitee, die angesichts des Verhaltens der IG BCE nach dem 24.1. von »Verrat« der Gewerkschaft sprachen und einige KollegInnen darin bestärkten, neben Krüger in der Gewerkschaftsführung ihren zweiten Feind zu sehen. Eine solche Haltung ist aus der ersten Empörung nachvollziehbar und ist aus vielen anderen Arbeitskämpfen bekannt, hilft aber niemandem außer sich selbst ein gutes Gefühl zu geben. Vor allem verkennt sie die auch durch diesen Streik sichtbarer werdende Tatsache, dass auf absehbare Zeit Arbeitskämpfe nicht ohne Gewerkschaften geführt, mit ihr aber immer weniger gewonnen werden können. Der Gegensatz, der sich in manchen Streitgesprächen auftrat: *»Ohne Gewerkschaft geht es nicht!«* und *»Die Gewerkschaft hat den Streik kaputt gemacht, man muss ohne sie streiken!«*, ist zur Zeit weder nach der einen noch der anderen Seite aufzulösen, sondern muss ausgehalten und zur Grundlage der eigenen Tätigkeit gemacht werden. Das fällt vielen noch schwer.

Harald Humburg geht aber weiter, wenn er sagt, der Neupack-Streik habe die Schädlichkeit einer nicht konstruktiven, die Einheit schwächenden Kritik gezeigt. Den Beweis dafür bleibt er schuldig. Weder hat irgendeine Kritik aus dem Soli-Kreis die IG BCE dazu bewogen, den Streik im Januar abzubrechen, noch hat sie dazu beigetragen, dass die IG BCE von Krüger vorgeführt wurde. Sie hat auch niemand von der notwendigen Solidarität abgehalten, die gab es nämlich nicht, wie auch Harald Humburg ausführt. Es gab im Gegenteil ein positives Beispiel einer gelungenen Kritik, nämlich bei der 1. Mai-Demo 2013 in Hamburg. Dort sprach Vassiliadis als Hauptredner. Er hielt eine staatstragende Rede, wurde dabei aber von *»Neupack! Neupack!«*-Sprechchören aus dem Unterstützerkreis aus dem Konzept gebracht und musste auf den Arbeitskampf eingehen. Er ließ sogar den Betriebsratsvorsitzenden auf die Bühne kommen und versicherte in aller Öffentlichkeit, dass die IG BCE ihn nicht fallen lassen werde. (Hintergrund: Dieser wird von Neupack mit zusammen 7 Kündigungsverfahren überzogen und die IG BCE hatte in einem Streikinfo im April angedeutet, dass sie ihn nicht schützen will.) Diese Sprechchöre waren keineswegs zersetzend, sondern eine – wenn auch kleine – gute Intervention! (Nachtrag: In dem jetzt abgeschlossenen Abkommen zwischen Betriebsrat und Neupack bleibt die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden weiterhin bestehen und wird vor Gericht entschieden. Davon spricht die IG BCE in ihren letzten Streikinfos und auf der Abschlussveranstaltung am 14. September im Hamburger Gewerkschaftshaus aber überhaupt nicht mehr.)

Die schwachen Kräfte innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften, die die jetzige Situation ändern wollen, müssen sich darüber im Klaren sein, dass ihre Aufgabe dieselbe ist. Es muss darum gehen, Strukturen zu schaffen und politisches Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass der Arbeitskampf einer Belegschaft der Kampf von allen ist. Der Streit darüber, ob es »nur mit« oder »nur ohne« Gewerkschaft geht, behindert diese Aufgabe nur. 20.9.2013 ■

**Im Zuge der Diskussion dieses Artikels sind in der Gruppe Arbeiterpolitik zwei Kommentare entstanden, die wir nicht mehr in den Artikel integriert haben:**

### **Wie will der Soli-Kreis weitermachen?**

Der zu Beginn dieses Neupack-Arbeitskampfes entstandene Soli-Kreis setzte sich überwiegend zusammen aus Kolleginnen und Kollegen, die entweder nicht mehr berufstätig sind oder die sich aus dem aktiven Zusammenhang der Gewerkschaften entfernt haben.

Es ist tatsächlich in allen Gewerkschaften die Tendenz vorhanden, dass Diskussionen und anschließende Entscheidungen, die auf das kollektive Handeln Einfluss nehmen, immer weniger werden. Kommt ein heute Aktiver zu der Feststellung, dass die objektive Rolle der Gewerkschaften die einer tragenden Säule in dieser kapitalistischen Gesellschaft ist, und folgert er daraus, dass selbige nicht willens und künftig in der Lage sind und sein werden, aus der Sozialpartnerschaft und ihrer darin begründeten Aufgabe (aufkommenden Unwillen unter abhängig Beschäftigten zu bändigen und zu kanalisieren) auszubrechen, ist es eine mechanische und undialektische Vorstellung, deshalb jeden Einfluss innerhalb der Gewerkschaften sausen zu lassen und nur noch von außen Kritik zu formulieren. Ein Beispiel:

Es war mit Händen zu spüren, dass auf der 1.Mai-Demo in Hamburg viele der dort Mitlaufenden vom Neupack-Streik etwas, aber wenig Konkretes gehört hatten. Mit redaktioneller Hilfestellung einer Soli-Kreis-Kollegin war ein Flugblatt »der Streikenden« zur Verteilung gekommen, welches vollkommen darauf verzichtete, auf dieser Mai-Demo die fehlende (zu schwache) Solidarität aus anderen Betrieben und Gewerkschaften zum Thema der Demonstration zu machen und die dort erreichbaren Gewerkschaftsmitglieder mit konkreten Vorschlägen zum Eingreifen in ihren eigenen Organisationen aufzufordern – was sonst ist auf einer Mai-Demo möglich? Es hat am 2. April im Soli-Kreis im Beisein von etwa 6 bis 8 Streikenden Vorschläge von Unterstützern in dieser Richtung gegeben, die direkt an die Streikenden gerichtet waren. Sie wurden wenige Tage später durch einen Text-Entwurf konkretisiert, was aber durch andere Aktive des Soli-Kreises mit fadenscheinigen Gründen abgewehrt wurde.

Den Vorsitzenden Vassiliadis bei seiner Mai-Rede durch Zwischenrufe zu irritieren, halte ich für **nur** öffentlichkeitswirksam, was es 50 m weiter weg vom Podium schon nicht mehr war. Noch nie in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine Partei oder Gewerkschaft durch Kritik von außen zu einem anderen Kurs bewegt worden. Nur mit den (noch vorhandenen) Mitgliedern ist von innen eine Chance gegeben, eine Richtungsänderung zu bewirken.

Setzt der Soli-Kreis aber auf die Option, dass diese vorhandenen Gewerkschaften nicht mehr zu retten sind, folglich der »Bewegung« nicht mehr nützlich sein können, sondern sie im Gegenteil Instrumente der Gegner der Arbeiterschaft sind, sollte schleunigst geklärt werden, wie man sich zu den (noch Millionen) Mitgliedern und ihrem Verständnis von diesen Gewerkschaften verhält.

Der Neupack-Streik zeigte einige Merkmale der Auflösung der traditionellen Gewerkschaftsorganisationen wegen der Unterwerfung von Führung und der Mehrzahl ihrer Mitglieder unter die kapitulierende Sozialpartnerschaft auf. Damit werden die Aktiven in der nächsten Zeit sicher verstärkt zu tun haben werden. Dazu gehört u.a., dass sich Menschen zu »Unterstützern« zusammenfinden. Sie sind damit noch keine politische Organisation mit einheitlichem Grundverständnis. Sie wollen konkrete Hilfe in ei-

ner konkreten Situation leisten. Dafür die Erfahrungen von Neupack und ähnlichen Arbeitskämpfen der letzten Jahre zu diskutieren und auszuwerten ist dringend geboten.

P./HH ■

### **Zum Hintergrund des Neupack-Streiks und den Lehren**

Gewerkschaften handeln im Kapitalismus mit den Unternehmern den Preis der Ware Arbeitskraft aus. Sie agieren in den Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise bzw. Gesellschaft. Damit akzeptieren sie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als Voraussetzung für ihr Handeln. Anderenfalls würden sie sich selber die Geschäftsgrundlage entziehen. Sie sind also gar nicht in der Lage, eine über den Kapitalismus hinaus weisende Politik zu entwickeln. Betriebsräte als Gewerkschaftsvertreter im Betrieb ziehen deshalb heute überwiegend mit den Kapitalisten an einem Strang, damit sich der Betrieb im Konkurrenzkampf erfolgreich durchsetzen kann. Für den BR der Bremer Stahlwerke z.B. ist es deshalb überhaupt kein Problem, vom Unternehmensvorstand bezahlte Berater (wie zum Rationalisierungsprogramm TPM) an seiner Seite zu haben.

Aufgrund der momentanen Erfolgswelle im weltweiten Konkurrenzkampf erhalten die Chemie-, Metall- und Elektrokonzerne hohe Löhne und werden so an den Konzern gebunden. Macht mein Unternehmen hohe Gewinne, so ist mein Arbeitsplatz gesichert, also nicht aufmucken, und Erschwernisse hinnehmen – diese Haltung ist in den großen Konzernen bei den Beschäftigten bestimmend und wirkt auch auf die anderen Bereiche. Doch auch bei den Schlüsselindustrien geht der Prozess der Ausgliederung von Belegschaftsteilen zur Senkung der Lohnkosten weiter, und wie der jüngste Protest der Belegschaft von Daimler-Benz in Bremen gezeigt hat, ist auch dort gemeinsames Handeln möglich, wenn eine Führung (gewerkschaftlich bewusste und anerkannte Kollegen innerbetrieblich eingreifen?) die Problematik deutlich macht.

Im Gegensatz zu dieser Gruppe von Lohnabhängigen müssen prekär Beschäftigte, Arbeitskräfte, die nur für den Binnenmarkt arbeiten, sowie von Dienstleistungsbetrieben für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und für höhere Löhne mit ihrer Gewerkschaft kämpfen. Die Klasse der Lohnabhängigen ist tief gespalten, die Individualisierung vorangeschritten. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn von weniger als 9,54 Euro pro Stunde. Die Bourgeoisie nutzt die Spaltung der Klasse der Lohnabhängigen für sich aus und schürt nicht selten den Gegensatz zwischen Vollbeschäftigten, Arbeitslosen und den Geringverdienern der verschiedensten Formen. Die Angst sozial abzustürzen, lässt Lohnabhängige vieles hinnehmen – nur um einen Arbeitsplatz zu haben. Die Vertiefung der Spaltung dient also der Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie.

Für prekär Beschäftigte bei Amazon – überhaupt für gering Qualifizierte in Betrieben – ist der Streik bei Neupack insofern eine beispielhafte Erfahrung, als hier besonders deutlich wird, dass eine streikende Belegschaft – wenn sie überwiegend nicht nur aus schwer ersetzbaren Spezialisten besteht – dem Unternehmer unterlegen ist, wenn es im Arbeitskampf bei einer traditionellen Arbeitsverweigerung bleibt: Bei Neupack konnten die meisten Streikenden durch ausländische Arbeitskräfte leicht ersetzt werden. Denn osteuropäische Arbeiter sind aufgrund der sozialen Lage in ihren Ländern bereit, jeden Job anzunehmen, damit sie überhaupt Arbeit haben.

Herrscht in größerem Maße Arbeitslosigkeit bzw. Massenarbeitslosigkeit, so stehen die Lohnabhängigen zueinander in Konkurrenz. Unternehmer können Streikende legal



### **Welche Forderungen müssen zur Verteidigung des Grundrechts auf Streik gestellt werden?**

**1. Der Einsatz von Leiharbeitern in bestreikten Betrieben muss verboten werden! 2. Einem bestreikten Unternehmen muss der Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen für den Einsatz in einem bestreikten Betrieb verboten werden! – sonst wird das Grundrecht auf Streik verletzt. 3. Der Einsatz von Leiharbeitern oder von Arbeitskräften mit befristeten Arbeitsverträgen in bestreikten Betrieben ist nach internationalen Normen unzulässig.**

Dies sind die wesentlichen Forderungen einer ver.di-FB 08-Veranstaltung zur **Verteidigung des Grundrechts auf Streik** aus **Solidarität mit den Streikenden der Firma Neupack**. Am 12. 2. 2013 im DGB-Bildungswerk Hamburg, Referenten: **RA Christian Schoof, RA Benedikt Hopmann**

**Jetzt auf DVD:** Referate, Diskussion, Erläuterungen der Rechtsanwältin, Entschließung. **Bestellung beim Ortsverein ver.di FB 08, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Unkostenbeitrag: 10,00 EUR + 1,45 EUR Porto**

ersetzen. Die Möglichkeit, wie bei Vollbeschäftigung den Unternehmer allein durch Arbeitsverweigerung zu sozialen Zugeständnissen zu zwingen, ist erheblich erschwert; Belegschaften werden gar wehrlos. Was bleibt also, wenn bei der europaweiten Arbeitslosigkeit Streikende ersetzbar sind, die Streikwaffe also wirkungslos wird? Diese Frage ruft nach einer politischen Antwort. Diese veränderten Voraussetzungen für Arbeitskämpfe müssen in den Gewerkschaften diskutiert werden, und nicht nur dort. So wie sich der Unternehmer bei Neupack durchgesetzt hat, ist es ein Signal an andere Unternehmer, Gleiches zu tun.

Trug schon bisher eine gute Öffentlichkeitsarbeit zur Solidarität und damit zur Stärkung der Streikfront bei, so ist sie heute im verstärkten kapitalistischen Konkurrenzkampf und der Sparpolitik im ÖD zugunsten der Unternehmer unumgänglich für einen erfolgreichen Kampf. Die Neupack-Belegschaft hat in ihrem Kampf zwar Unterstützung eines Soli-Kreises, aber keine nennenswerte Unterstützung von Gewerkschaftern anderer Betriebe erhalten, auch nicht aus der eigenen Gewerkschaft gehabt.

Zwar gibt es aufgrund breiter Erfahrungen in der lohnabhängigen Bevölkerung eine positive Stimmung für die Ziele Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhung. Doch daraus ergibt sich in einem konkreten Kampf nicht von alleine eine aktive Streikunterstützung. Die Bereitschaft unter Gewerkschaftsfunktionären, Solidarität für Kämpfe zu organisieren, ist gering. Für sie müssen Konflikte sozialpartnerschaftlich gelöst werden. Die positiven

Erfahrungen der Solidarität in den Kämpfen vergangener Jahrzehnte konnten der jungen Generation nicht weitervermittelt werden. Viele ehemals klassenkämpferische Gewerkschaftskollegen verloren mit dem Scheitern des ersten Versuchs, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ihre über den Kapitalismus hinausgehende Perspektive, richteten sich im Kapitalismus ein und arrangierten sich mit den Unternehmern.

Zwar haben IG-BCE-Angestellte die Unterstützung eines Soli-Kreises bewusst gesucht, eingebunden in die Sozialpartnerschaft lässt der Gewerkschaftsvorstand jedoch nur begrenzte Kämpfe zu, bei denen er die Zügel fest in der Hand behält – auch wenn dann die Belegschaft das Opfer ist, wie wir es beim Neupack-Streik erlebt haben. Die geringen Erfahrungen der Belegschaften machen es möglich, denn die jetzigen Formen der Sozialpartnerschaft haben sich über Jahrzehnte entwickelt. Wenn es in den letzten Jahren überhaupt mal zum Streik kam, war es ein »friedlicher«, rein ökonomischer, der durch volle Unterstützungskassen gesichert war. Bei ver.di, wo die Kassen nicht prall voll sind, stehen deshalb Warnstreiks im Vordergrund. Trotz vorhandener Unzufriedenheit in verschiedenen Bereichen sehen Millionen Lohnabhängige keine andere Schutzmöglichkeit als diese Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsführungen sehen ihre zentrale Rolle in der Sozialpartnerschaft mit den Kapitalsvertretern – und diese Rolle wollen sie auf keinen Fall gefährdet sehen. (1933 boten sie selbst der NS-Regierung unter Hitler ihre Dienste als Partner für Abschlüsse von Tarifverträgen an.) Die Konfliktlinie bei einem Arbeitskampf zwischen den Streikenden, die gezwungen sind, für ihre Interessen gegen die Übermacht des Unternehmers zu kämpfen, und dem jeweiligen Gewerkschaftsvorstand, der seine gesellschaftliche Rolle nicht gefährdet sehen will, gilt es ins Bewusstsein zu heben. Das Erkennen des Klassegegensatzes und die Konsequenz im Handeln müssen wir als Prozess sehen, in dem es gilt mitzuwirken.

Zu unserem Wirken: Durch Schimpfen auf die Gewerkschaftsvorstände ändert sich das Bewusstsein der Lohnabhängigen nicht. Den Belegschaften selber muss es zum Bedürfnis werden, ihre betriebliche und gewerkschaftliche Enge zu durchbrechen. Dieser Prozess kann durch die Aufarbeitung von Erfahrungen in Arbeitskämpfen gefördert werden. Durch die breite Information der lohnabhängigen Bevölkerung über die Notwendigkeit, die Ziele und die Schwierigkeiten des Streiks kann die Voraussetzung für Solidarität geschaffen und letztlich Druck – gegebenenfalls auch politischer – aufgebaut werden. Nicht nur bei prekär Beschäftigten, sondern in allen Bereichen der lohnabhängigen Beschäftigten. A./HB ■

### ■ AUS DER SCHWEIZ:

## **Der Aufstand der SPAR-Verkäuferinnen**

*Diese Korrespondenz stützt sich auf einen Vortrag, den der Verfasser unmittelbar nach Ende des Streiks hielt. ■*

»Es ist nicht so, dass du die Probleme löst, indem du auf einen Kran steigst. Du musst wissen, worauf du hinaus willst, du musst eine Strategie haben...«. Das sagt Massimo im Film »Über die Kunst des Krieges«. Massimo ist einer der vier INNSE-Arbeiter, die im August 2009 eine Woche lang auf dem Hallenkran ihrer Fabrik ausharrten. Was hat der Kampf bei INNSE in Mailand mit dem Streik der SPAR-VerkäuferInnen in Dättwil zu tun? Viel mehr als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Es braucht bekanntlich viel, bis in der Deutschschweiz eine Belegschaft die Arbeit niederlegt. Dennoch sind bei SPAR bereits einmal VerkäuferInnen in den Streik getreten. Die Forderungen waren fast dieselben: zwei zusätzliche Vollstellen und ein Mindestlohn von 3900 Franken für Ungelernte und 4200 Franken für Gelernte sowie die Auszahlung der aufgelaufenen Überstunden mit einem Zuschlag von 25 Prozent. Nach zwei Tagen war der Streik zu Ende, SPAR hatte alle Forderungen der VerkäuferInnen im Tankstellenshop Heimberg im Berner Oberland erfüllt. Das war vor vier Jahren.

Viele hatten wohl gedacht, allen voran die UNIA, dass in Dättwil alles nach dem gleichen Muster ablaufen würde. Doch es kam ganz anders. Als SPAR nach zwei Tagen, statt zu verhandeln, mit einer ganzen Truppe von Streikbrechern anrückte, war abzusehen, dass der Kampf diesmal sehr viel härter würde. Dennoch herrschte Zuversicht, ja sogar eine fast euphorische Stimmung, als am Sonntag gut dreihundert Personen am Streikfest teilnahmen. Dies umso mehr, als SPAR für den folgenden Tag Verhandlungen in Aussicht gestellt hatte.

Als SPAR am Montag nicht wie vereinbart zu den Verhandlungen erschien und weiterhin darauf beharrte, dass zuerst die Blockade der besetzten Tankstelle beseitigt werden müsse, hätte man meinen können, SPAR befände sich in der Defensive und habe nun ein ernsthaftes Imageproblem. Im Nachhinein drängt sich allerdings die Vermutung auf, dass SPAR von Anfang an eine ganz bestimmte Strategie verfolgte, während weder die Belegschaft noch die Unia über eine solche verfügten. In ihrer Medienmitteilung sprach die Unia von einem »*bedauerlichen Wortbruch*« und erklärte: »*Die Angestellten und die Unia streben weiterhin eine konstruktive und für alle befriedigende Lösung an.*« Eine solche schien in greifbarer Nähe, als sich SPAR am Dienstag – trotz Weiterführung der Blockade – doch an den Verhandlungstisch setzte.

Bei den Löhnen wäre wahrscheinlich ein Kompromiss zustande gekommen, doch über die **Hauptforderung der Streikenden nach mehr Personal** (konkret 180 Stellenprozent) wollte SPAR nicht einmal diskutieren und brach um 16 Uhr die Verhandlungen abrupt ab. Nun musste man damit rechnen, dass sich der Streik in die Länge ziehen könnte. Eine rasche Verhandlungslösung schien jedenfalls wieder in weite Ferne gerückt. Ausser die Streikenden hätten ihre Hauptforderung fallengelassen und sich mit etwas mehr Lohn zufriedengegeben. Doch davon wollten diese nichts wissen und liessen durchblicken, dass sie ohne zusätzliches Personal nicht bereit wären, die Arbeit wiederaufzunehmen. »*Lieber ohne Arbeit als unter solchen Bedingungen*«, erklärte eine von ihnen.

### »Lieber ohne Arbeit als unter solchen Bedingungen«

Dazu muss man wissen, dass der eigentliche Konflikt – nach einem jahrelangen, schleichenden Personalabbau – mit dem Burnout des Filialleiters begann. An seine Stelle trat dessen Stellvertreterin, Snezana Maksimovic. Sie ist es auch, die nun den Streik im Tankstellenshop anführt. Richtigerweise müsste man eigentlich von einem Supermarkt mit angegliederter Tankstelle sprechen. Denn die SPAR-Filiale in Dättwil hat mehr als 500 Quadratmeter Verkaufsfläche. Zuerst suchten die VerkäuferInnen des Gespräch mit der SPAR-Geschäftsleitung und, als dies nichts fruchtete, den Kontakt zur UNIA. Verhandlungen lehnte SPAR ab und stellte sich auf den Standpunkt, die Arbeitsbedingungen in Dättwil seien gesetzeskonform und branchenüblich. Unter diesen Umständen beschlossen die VerkäuferInnen, am Montag, 3. Juni 2013 in den unbefristeten Streik zu treten, um so ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Es fällt schwer, hinter der kategorischen Weigerung von SPAR, ein paar zusätzliche Leute einzustellen, eine

1) Die durchschnittlichen **Wohnkosten** in der Schweiz betragen CHF 1147 für eine Einzelperson und CHF 1769 für eine Familie mit zwei Kindern. Letztere muss für **Krankenkassenprämien** durchschnittlich CHF 926 aufwenden. Zusammen mit der materiellen **Grundsicherung** (Essen, Kleidung usw.) in der Höhe von CHF 2090 ergeben sich für **eine vierköpfige Familie** zwingende monatliche Auslagen von CHF 4800, die als **Armutsgrenze** definiert wird. Für eine Einelfamilie mit zwei Kindern liegt die Armutsgrenze bei CHF 4050, für zwei Erwachsene ohne Kinder bei CHF 3600 und für eine Einzelperson bei CHF 2500. Quelle: Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), Armut und Armutsgrenze, Bern 2013.



wirtschaftliche Notwendigkeit zu erkennen. In einem Laden dieser Grösse, der von morgens 6 bis abends 22 Uhr und sonntags ab 7 Uhr geöffnet ist. Hingegen fällt auf, mit welcher Härte die Auseinandersetzung vom ersten Tag an geführt wurde. SPAR lehnte es weiterhin ab, über die Forderungen der Streikenden auch nur zu verhandeln, drohte ihnen mit fristloser Entlassung und reichte Strafanzeige wegen Nötigung, Hausfriedensbruch und allfälliger Sachbeschädigung ein. Die streikenden VerkäuferInnen ihrerseits erklärten, der Streik werde weitergeführt, bis sie etwas erreicht hätten, und solange bleibe der Laden geschlossen.

Am Mittwoch, 5. Juni **versuchte SPAR, den besetzten Tankstellenshop zurückzuerobern, indem er mit 70 (!) Mitarbeitenden aus andern Filialen anrückte, um sich gewaltsam Zutritt zu verschaffen und so den Streik zu brechen.** Es blieb jedoch bei verbalen Auseinandersetzungen, zumal die Streikenden von zahlreichen UNIA-Funktionären und andern solidarischen Menschen tatkräftig unterstützt wurden. Zu diesem Zeitpunkt dauerte der Streik in Dättwil bereits einen Tag länger als jener vier Jahre zuvor in Heimberg, und zwar ohne Aussicht auf ein rasches Ende. Und bereits zeichnete sich ab, dass es weniger um die konkreten Forderungen und deren Berechtigung ging als um die grundsätzliche Frage, ob der Wille des Unternehmers absolut gilt oder ob auch seine Angestellten Rechte besitzen, für die sie sich gemeinsam wehren dürfen. Kurzum, der Streik in Dättwil entwickelte sich zu einem **Konflikt um das Streikrecht an sich.**

Der nächste Akt in diesem Arbeitskampf wurde zwei Tage später, am fünften Streiktag gespielt, als das Bezirksgericht Baden die sofortige Aufhebung der Blockade verfügte, mit der Begründung, diese sei unverhältnismässig und widerrechtlich, da »Arbeitswilligen« der Zugang zum Betrieb verwehrt werde. Parallel dazu übernahmen die Medien ohne nähere Prüfung die Behauptung von SPAR, lediglich 10 der 21 VerkäuferInnen befänden sich im Streik und hinderten die Mehrheit der Beschäftigten daran, die Arbeit wieder aufzunehmen. In einem Brief an ihre KollegInnen in den andern Filialen stellten die Streikenden den Sachverhalt richtig: Nur zwei Mitarbeitende beteiligten sich nicht am Streik, zwei weitere waren in den Ferien, fünf arbeiteten ohnehin nur Teilzeit (20 – 60 Prozent) und befanden sich noch in der Probezeit. Ausserdem hatten sich nun auch die zwei Lehrlinge, die anfänglich auf Anraten der UNIA abseits standen, sowie ein weiterer Kollege dem Streik angeschlossen. Diese Richtigstellung fand jedoch auch in der zweiten Streikwoche keinen Eingang in die Medien, die weiterhin die Mär von »*rund der Hälfte der insgesamt 21 Beschäftigten*« verbreiteten, die sich am Streik beteiligten. Damit wurde suggeriert, bei der andern Hälfte handle es sich um »Arbeitswillige«, die am Betreten des Arbeitsplatzes gehindert würden.

Bemerkenswert ist, dass sich weder die Streikenden noch die UNIA von der richterlichen Verfügung beeindruckt liessen. In Deutschland beispielsweise würde keine einzige Gewerkschaft eine solche Haltung einnehmen. Die Staatsanwaltschaft eröffnete darum am Freitag, 7. Juni weitere Strafverfahren wegen »*Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen*«. Von nun an war der Streik in die Illegalität gedrängt. Über der besetzten Tankstelle schwebte das Da-

moklesschwert einer polizeilichen Räumung, auch wenn die Staatsanwaltschaft erklärte, die Polizei habe mangels Gefährdung der öffentlichen Sicherheit keine gesetzliche Grundlage um einzuschreiten. Im Nachhinein könnte man fast glauben, es wäre dabei nur darum gegangen, den Streikenden und der UNIA ein falsches Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Denn keine Woche später zauberte das gleiche Bezirksgericht Baden die fehlende gesetzliche Grundlage aus dem Hut. Und dann kam der Angriff dafür umso überraschender, einer eigentlichen Überrumpelung gleich.

## Die Staatsgewalt bricht den Streik

Am frühen Morgen des 13. Juni lag eine gewisse Spannung über der besetzten SPAR-Filiale in Dättwil, so als hätte man ahnen können, dass die Blockade an diesem Tag beendet würde. *»Nein, nein, die Unia geht überhaupt nicht davon aus, dass die Sache heute abgeschlossen werden könnte«,* erklärte der Unia-Sekretär, der mit den VerkäuferInnen zusammen den Streik organisiert hatte. Die Streikposten für das nächste Wochenende seien nämlich bereits eingeteilt. Als dann etwas später ein SMS-Alarm ausgelöst wurde, weil es Anzeichen für einen möglichen Angriff gab, dachte man an Streikbrecher, die von privaten Sicherheitsdiensten eskortiert würden. *»Wenn SPAR tatsächlich mit privaten Schlägertrupps anrückt, dann rufen wir die Polizei, damit sie uns beschützt!«* Das sagte an jenem Morgen einer, der bei der UNIA in leitender Stellung tätig ist. Allein den Gedanken an die Eventualität einer Räumung durch die Polizei verwarf er mit einer derartigen Heftigkeit, dass jeder Diskussion darüber ein abruptes Ende gesetzt wurde. Das war keine zwei Stunden, bevor die Nachricht eintraf, das Bezirksgericht Baden habe in einer superprovisorischen Verfügung die Räumung der Blockade angeordnet und dazu eine Frist bis 16 Uhr gesetzt.

Die UNIA hatte für den Nachmittag bereits eine Demonstration vor dem SPAR-Hauptsitz in St. Gallen geplant. Von diesem Vorhaben wollte sie nicht abrücken und gleichzeitig auch die besetzte Filiale nicht freiwillig räumen. So kam es zu dem seltsamen Entscheid, mit der Mehrzahl der Leute nach St. Gallen zu fahren und einige Freiwillige – hauptsächlich UNIA-Funktionäre und eine Schar Unterstützende – in Dättwil zurückzulassen. Nicht nur die UNIA, da überhaupt nicht auf ein solches Szenarium vorbereitet, war mit der schlagartig veränderten Situation überfordert. Auch die Streikenden kamen an ihre Grenzen. Eine der Frauen weinte, Snezana, die Streikführerin, erklärte, sie werde ebenfalls hier bleiben und auf die Polizei warten.

Auch jetzt noch hoffte die Unia auf eine »Verhandlungslösung«. Diesmal mit der Polizei. Einer ihrer Verantwortlichen sei dort und verhandle mit ihr, hiess es. Man müsse abwarten, bis er zurückkomme, um Genaueres zu wissen. Als er dann eintraf, stand unumstösslich fest, dass die Polizei die Blockade mit Gewalt beseitigen würde, falls sie bis 16 Uhr nicht freiwillig geräumt werde. Eine Stunde vorher beschloss die UNIA, die Zelte in Dättwil abzubauen und auch mit dem Rest der Leute nach St. Gallen zu fahren. Man mag diesen Entscheid als taktischen Rückzug oder als Kapitulation werten. Das ist nicht das Wesentliche. Viel schlimmer ist die politische Kapitulation.

## Die politische Kapitulation der Gewerkschaft UNIA

Einen heftigen Protest gegen das Eingreifen der Staatsgewalt in einen Arbeitskampf hätte man nun erwartet. Doch nichts dergleichen geschah. Der erzwungene Abbruch der Blockade durch das bevorstehende Eingreifen der Polizei wurde in keiner UNIA-Medienmitteilung auch nur mit einem Wort erwähnt. Ganz so, als wollte man die Tatsache einfach nicht wahrhaben, dass der Staat nicht als Vermitt-

ler aufgetreten ist, sondern auf der Unternehmerseite in den Konflikt eingegriffen hat. Denn was in Dättwil geschehen ist, passt schlecht ins Bild vom neutralen Staat, der über den gesellschaftlichen Klassen steht. Tatsächlich hat der Schweizer Staat, um den Arbeiterprotest gewaltsam zu ersticken, genau gleich reagiert wie bereits vor 100 Jahren. Einzig die Repressionsmittel sind subtiler geworden: Es braucht nicht mehr gleich den Einsatz der Armee, um einen Streik mit Gewalt zu beenden.

21 VerkäuferInnen, die mehr Personal und einen angemessenen Mindestlohn fordern, haben genügt, damit hinter der Maske des »demokratischen Rechtsstaats« die hässliche Fratze der Klassenherrschaft sichtbar wurde. Das ist erstaunlich und wirft Fragen auf: Wie brüchig muss der soziale Frieden in der Schweiz sein, dass die Herrschenden bereits beim kleinsten Konflikt derart nervös reagieren? Diesmal hat die Drohung mit dem Polizeiknüppel genügt, um den Streik gewaltsam zu beenden. Was wird der Schweizer Staat tun, wenn alle andern 400.000, die weniger als 4000 Franken im Monat verdienen und teilweise von der Sozialhilfe unterstützt und gedemütigt werden, ihre Rechte einfordern werden? Werden dann Tränengas und Gummigeschosse genügen, um sie zum Schweigen zu bringen?

Am späten Donnerstagnachmittag vor dem SPAR-Hauptsitz in St. Gallen: Eine Polizeipatrouille ist bereits vor Ort. Die Streikenden gehen zusammen mit Vania Alleva, der UNIA-Co-Präsidentin, sowie weiteren UNIA-Leuten und einigen Unterstützenden über den Platz zum Haupteingang. Dort werden sie alles andere als freundlich empfangen. Der Sicherheitsdienst fängt die Gruppe ab. Ein Gesprächstermin für den nächsten Tag kommt nicht zustande. Leider sei von der Geschäftsleitung niemand mehr da... In ihrer Medienmitteilung am nächsten Tag wirft die Unia der SPAR-Leitung vor, *»weiterhin auf Verzögerung und Einschüchterung statt auf Dialog«* zu setzen und schreibt zum Schluss: *»Die Streikenden und die Unia sind überzeugt, dass die noch offenen Punkte bei Gesprächen innert nützlicher Frist bereinigt werden können.«*

## Die Streikenden werden fristlos entlassen

Für die SPAR-Leitung gab es keinen Grund mehr zu verhandeln. Mit Hilfe der Staatsgewalt hatte SPAR den Konflikt vorerst für sich entschieden. Bereits am Tag vor der Räumung der Blockade hatte sie ihre Drohung wahrgemacht und alle Streikenden fristlos entlassen. Damit wurde zwar das Streikrecht einmal mehr mit Füßen getreten, doch selbst für den Fall, dass irgendwann ein Gericht die Missbräuchlichkeit der Kündigung anerkennen sollte, droht SPAR lediglich eine Höchststrafe von sechs Monatslöhnen. Die Möglichkeit einer vom Richter angeordneten Wiedereinstellung gibt es in der Schweiz nicht.

Die Kündigung liess die Streikenden kalt. Damit hatten sie ohnehin gerechnet. Sie sei erleichtert über die Kündigung, erklärte Snezana gegenüber der Zeitung »Blick«: *»Jetzt bin ich endlich den Druck von Spar los.«* Überhaupt wirkten die Streikenden an jenem sommerlichen Spätnachmittag in St. Gallen keineswegs geknickt. Vielmehr waren sie frohen Mutes und entschlossen, ihren Kampf weiterzuführen, auch wenn sie noch nicht wussten wie und ihren Stützpunkt in Dättwil räumen müssen. **Mit ihrem Streik haben sie ihre Würde zurückerobert und diesen moralischen Sieg kann ihnen niemand mehr nehmen.** Wie viele leben in diesem Land, die ihr ganzes Leben lang nur gehorcht und gekuscht haben?

Am Freitag, 14. Juni wurde die SPAR-Filiale in Dättwil nach 11 Tagen wieder geöffnet. Zeitgleich liess SPAR gegenüber den Medien verlauten, man werde die UNIA für den

entstandenen Schaden zur Rechenschaft ziehen, namentlich wegen »Umsatzeinbussen in der Höhe von mehreren hunderttausend Franken«. Zusammen mit seinen Verbündeten: den meisten Medien, den bürgerlichen Parteien und dem Unternehmerstaat, hat es SPAR offenbar darauf abgesehen, der UNIA eine vernichtende Niederlage beizubringen. Damit soll auf zwei Seiten gleichzeitig eine Wirkung erzielt werden. Auf der einen Seite soll es eine Warnung sein an alle andern VerkäuferInnen und alle, die zu ähnlichen Bedingungen arbeiten müssen: Wer in der Schweiz streikt, wird fristlos entlassen! Auf der andern Seite soll die UNIA diszipliniert und dazu gezwungen werden, sich auf das Anbieten von Dienstleistungen und das Aushandeln von Tarifverträgen zu beschränken. Und falls die Streikwaffe eingesetzt wird, dann nur so, dass sie der Gegenseite nicht weh tut und keine Wirkung entfaltet.

Ob diese Rechnung aufgehen wird, darf bezweifelt werden. Welche Dynamik innerhalb der Unia die Disziplinierung und die erzwungene Selbstbeschränkung auslösen wird, ist noch nicht absehbar. Grundsätzlich neigt jeder Apparat dazu, in erster Linie sich selbst zu schützen und zu erhalten. **Gescheitert ist in Dättwil eine Gewerkschaftspolitik, die sich an Organizing-Konzepten orientiert und dabei das Kräfteverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen und den Klassencharakter des Staates ausblendet.** Auf der andern Seite hat sich an den objektiven Grundlagen für den Streik der SPAR-VerkäuferInnen nichts geändert. Vor der SPAR-Zentrale in St. Gallen habe ich beiläufig von einem UNIA Sekretär erfahren, dass SPAR ganz knapp an einem Streik in einer zweiten Filiale vorbeigeschrammt ist. Die Missstände bleiben, die Wut des Verkaufspersonal ebenfalls. Und sie wird weiter anwachsen, auch wenn die SPAR-VerkäuferInnen in nächster Zeit die Faust im Sack machen müssen. Irgendwann werden sie diese herausnehmen und genauso hochhalten, wie die mutigen VerkäuferInnen in Dättwil.

### »Aufstand für bessere Arbeitsbedingungen«

Während der 11 Tage, die die SPAR-Filiale in Dättwil besetzt war, wurde die »Aargauerzeitung« nicht müde, gegen den Streik und die Streikenden zu hetzen. Nach dem Ende der Blockade hat sie in einem Artikel einen verblüffenden Untertitel gewählt: *»Aufstand für bessere Arbeitsbedingungen«*. Die streikenden VerkäuferInnen haben kollektiv Nein gesagt zu unerträglichen Arbeitsbedingungen. Sie haben etwas gewagt, was sich seit Jahrzehnten niemand in der Deutschschweiz getraut hat: Sie haben den Aufstand gewagt. Sie haben die Arbeit niedergelegt und ihren Betrieb besetzt. *»Lieber ohne Arbeit als unter solchen Bedingungen«*, hat eine von ihnen erklärt. Lieber verhungern, als das Sklavendasein länger zu ertragen! Man könnte darum auch von einem Sklavenaufstand sprechen.

*»Du erlebst die Sklaverei und fängst an, sie so zu nennen. Allerdings, um die Wahrheit zu sagen, dieser Begriff entwickelt sich langsam, nicht von Anfang an, weil er zu heftig ist, zu bedeutungsvoll...«* So beginnt ein Dialog von Enzo, dem Wortführer der INNSE-Arbeiter, im Film »Über die Kunst des Krieges«. Dann fährt er fort: *»Am Anfang erlebst du es als Enteignung, du bist nebensächlich, du bist arm, musst dich abmühen, gehst in die Fabriken und findest dort viele andere, denen es gleich ergeht wie dir. Die Idee, dass du ein Sklave bist, kommt dir erst nachher, vielleicht erst am Schluss der Entwicklung. Denn zuerst ist es einfach Unzufriedenheit, ein belastender Zustand von physischem Druck in den Fabriken, wo du arbeitest. In Wirklichkeit muss man über die Kämpfe sprechen, die geführt werden. Denn die Idee der Sklaverei kommt nicht zuerst, sie reift heran im Laufe der Kämpfe. Wenn du dich nicht daran gewöhnst zu*

*kämpfen, ist dein Hass nichts wert. Er kann auch zu einem individuellen Groll werden, und es ist ein ernsthaftes Problem, daraus einen kollektiven Groll zu machen. Und diesen Hass auf ein Kollektiv zu übertragen, ist keine einfache Sache. Das kann nur durch die Kämpfe geschehen.«*

**Zur »Politik des kleineren Übels«, die den Lohnsklaven einredet: Hauptsache Arbeit, gleich zu welchen Bedingungen!, haben die mutigen SPAR-VerkäuferInnen Nein gesagt. Sie haben diesen Grundsatz auf den Kopf gestellt und erklärt: »Lieber ohne Arbeit als unter solchen Bedingungen.« Das ist das revolutionäre, systemsprengende Element an ihrem Kampf.** Würden alle andern 400.000, die in der Schweiz unter ähnlichen Bedingungen arbeiten müssen, es ihnen gleich tun, dann würde der Kreislauf von Produktion und Reproduktion ernsthaft gestört. Das erklärt die heftige Reaktion der Gegenseite auf die an und für sich harmlosen Forderungen: Mehr Personal und einen Mindestlohn von 4000 x 13.

Die Gewinne in Dättwil lägen im unteren Durchschnitt. Mit dieser Erklärung begründete SPAR seine kompromisslose Haltung. Während bei Betriebsschliessungen jeweils rote Zahlen vorgegaukelt werden, sind hier »Gewinne im unteren Durchschnitt« bereits die Grenze, die nicht unterschritten werden darf. *»Hauptsache Arbeit, gleich zu welchen Bedingungen!«,* heisst das Diktat der Unternehmer – *»Lieber ohne Arbeit als unter solchen Bedingungen!«,* die Antwort der SPAR-VerkäuferInnen von Dättwil. Einen Verhandlungsspielraum gibt es da keinen mehr, es gilt die Macht des Stärkeren. Entweder die von SPAR und seinen Verbündeten oder die vereinte Macht der VerkäuferInnen und allen, die ihnen den Rücken stärken.

Sklavenaufstände werden wenn immer möglich im Keim erstickt. Zu gross ist die Angst der Herrschenden vor Nachahmung. Mit der Besetzung der SPAR-Filiale in Dättwil wurde eine Art befreite Zone geschaffen. Ein Stützpunkt, von dem aus der Kampf hätte ausgeweitet werden können. *»Endlich handeln die Behörden«,* verkündete die FDP Aargau am Tag der Räumung der Blockade in einer Medienmitteilung, in der es weiter heisst: *»Die FDP nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass nun endlich die Rechtsordnung wieder hergestellt wird. Der tagelangen, widerrechtlichen Instrumentalisierung des Streiks und der künstlichen Verschärfung der Situation durch Unia, linke Parteien und verschiedene Parlamentarier wird damit ein Riegel geschoben.«*

Der Aufstand der SPAR-VerkäuferInnen von Dättwil ist niedergeschlagen worden. Nichts mehr zu ändern vermag das an der Tatsache, dass er ein Fanal ist für künftige Kämpfe und den Weg weist, den die Lohnsklaven in der Schweiz gehen müssen, wenn die Arbeitsbedingungen immer unerträglicher werden. Noch sind die andern den mutigen SPAR-VerkäuferInnen nicht gefolgt. Im Gegenteil, in den Leserspalten der Online-Zeitungen haben viele von ihnen Gift und Galle gegen sie gespuckt. Das ist verständlich. Denn durch die Revolte in Dättwil sind ihnen die Ketten ihres Sklavendaseins umso schmerzlicher in Erinnerung gerufen worden. Das führt zu einer Abwehrreaktion, solange es keinen Ausweg gibt sich zu befreien. *»Jetzt bin ich endlich den Druck von Spar los«,* war die Antwort von Snezana auf die fristlose Kündigung. Alle andern müssen diesen Druck weiterhin ertragen. Wie lange noch? Wann werden auch sie sich auflehnen?

Für ihren Mut gebührt den SPAR-VerkäuferInnen von Dättwil die Hochachtung von uns allen. Lassen wir sie nicht allein! Schützen wir sie vor der Rache und dem Hass der Bürger, die nach Vergeltung für den gescheiterten Aufstandsversuch schreien! Der Kampf geht weiter! Es lebe die Revolte!